

# Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt

Heft 1

Historische Kommission  
des SPD Landesverbandes  
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

## **1863-2003: 140 Jahre SPD**

Historische Spuren in Sachsen-Anhalt

SPD Landesverband Sachsen-Anhalt  
Historische Kommission  
Johannesbrunnen 40  
38820 Halberstadt

## Inhalt

|   |    |
|---|----|
| <b>Dr. Jürgen Glietsch</b><br>Vorwort   | 3  |
| <b>Dr. Rüdiger Fikentscher</b><br>140 Jahre SPD.<br>Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch heute  | 5  |
| <b>Im Blickpunkt: Halberstadt</b><br><b>Dr. Beatrix Herlemann</b><br>130 Jahre SPD in Halberstadt   | 19 |
| <b>Karl Dilßner</b><br>Der Arbeiteraufstand in Halberstadt vom 17.-19. Juni 1953<br>Zeitzeugenbericht eines Sozialdemokraten                                    | 23 |
| <b>Im Blickpunkt: Anhalt / Dessau</b><br><b>Helmut Hartmann</b><br>Heinrich Peus – ein charismatischer Politiker in Anhalt<br>(1862-1937)                       | 39 |
| <b>Andreas Schmidt</b><br>Die Wiedergründung der SPD in Dessau 1945   | 43 |
| <b>Helmut Hartmann</b><br>Die Neugründung der Sozialdemokratischen Partei<br>in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989                                   | 48 |
| <b>Im Blickpunkt: Sozialdemokratinnen</b><br><b>Dr. Rüdiger Fikentscher</b><br>Marie Arning (1887-1957) – eine bedeutende<br>Sozialdemokratin in Sachsen-Anhalt | 58 |
| <b>Norwin Dorn</b><br>Unsere Partei lebt nicht nur von den großen Namen...<br>zu Therese Kaul aus Halle an der Saale  | 62 |

Dr. Jürgen Glietsch

## Vorwort



Im Mai dieses Jahres fanden auch in einer Reihe von Städten und Gemeinden Sachsens-Anhalts Gedenkveranstaltungen aus Anlass des 140jährigen Bestehens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt. Bei dieser Gelegenheit wurde meist auch an die spezielle Entwicklung, an bestimmte Episoden aus der Geschichte unserer Partei am jeweiligen Ort erinnert.

Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland mit einer derart langen Geschichte. Alle anderen politischen Parteien, die im heutigen politischen Leben der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielen, sind bedeutend jünger. Sie wurden erst nach dem 2. Weltkrieg gegründet.

Aus der langen Geschichte unserer Partei ergibt sich zwangsläufig, dass es in ihr viele Traditionen gibt, die es zu wahren gilt. Keine andere deutsche Partei war im Laufe ihrer Geschichte vergleichbaren Repressalien ausgesetzt. Viele hervorragende Menschen haben unter teilweise extrem schwierigen Verhältnissen ihre sozialdemokratische Gesinnung vertreten und bewahrt. Und natürlich gibt es auch zahlreiche materielle Zeugnisse, angefangen von alten Parteifahnen, über Bücher und Broschüren, alte Zeitungen und Fotos bis zu Protokollen und ähnlichen Schriftstücken, die wichtige Zeugnisse dieser Geschichte darstellen.

Die Historische Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt hat sich die Aufgabe gestellt, einen Beitrag zur Bewahrung des vorstehend Geschilderten zu leisten. Diesem Anliegen soll unter anderem eine Schriftenreihe unter dem Titel „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“ dienen, deren erstes Heft wir hiermit vorlegen. In unregelmäßigen Abständen sollen weitere folgen. Das erfordert aber

die aktive Mitarbeit von weiteren Genossinnen und Genossen aus allen Teilen unseres Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, dieses erste Heft im Jahr des 140jährigen Bestehens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herauszugeben und es den Delegierten und Gästen des Landesparteitages in Burg zu präsentieren.

Magdeburg, im November 2003

A handwritten signature in black ink, reading 'Jürgen Glietsch'. The signature is written in a cursive style with a small '2' above the 'J'.

Dr. Jürgen Glietsch

Vorsitzender der Historischen Kommission

Dr. Rüdiger Fikentscher

## 140 Jahre SPD.

### Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch heute\*

Die 140-jährige Geschichte der SPD ist voller Kämpfe und Siege, aber auch voller bitterer Niederlagen. Sie handelt von großartigen Menschen, die ihre ganze Kraft, ihre ganze Persönlichkeit, aber auch Leib und Leben für ihre Überzeugungen eingesetzt haben. Sie ist angefüllt mit dem täglichen Leben in Deutschland ebenso wie mit theoretischen Auseinandersetzungen, Gesellschaftsentwürfen und Programmen. Sie ist ebenso voller allgemein gültiger Einsichten über den Menschen und die menschliche Gesellschaft, aber auch nicht frei von Irrtümern und Fehlentscheidungen. Sie ist nicht nur eingebettet in die gesamte deutsche Geschichte dieser Zeit, sondern auch ein tragender Teil davon. Man kann sie insgesamt betrachten, aber natürlich auch aus unserer speziellen Sicht in Sachsen-Anhalt oder eines Kreisverbandes und Ortsvereines. Alles ist spannend, besonders wenn wir die jeweiligen aktuellen Bezüge herstellen, wodurch in einer lebendigen Partei die Beschäftigung mit der Vergangenheit erst ihren tieferen Sinn erhält. Bereits die Lektüre des reich bebilderten Buches „Durch Kampf zum Sieg“, in dem die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Halle und im Saalkreis bis zum Jahre 1913 beschrieben ist, kann uns stundenlang fesseln. Vergleichbare Bücher gibt es auch über andere Regionen Sachsens-Anhalts.

Das alles passt nicht in einen einzelnen Beitrag. Ich stelle daher nur vier Gesichtspunkte heraus, die mir für unsere heutige Arbeit und unser Selbstverständnis besonders nachdenkenswert und hilfreich erscheinen:

- die Verfolgungen der Sozialdemokratie,
- die Kraft der Sozialdemokratie und ihre gesellschaftliche Verankerung,
- das Ringen um die Programme und
- einige Lehren für heute.

---

\* nach einer Festrede am 23. Mai 2003 in Halle an der Saale

## 1. Die Verfolgungen der Sozialdemokratie

Vor genau 140 Jahren, am 23. Mai 1863 wurde in Leipzig der allgemeine deutsche Arbeiterverein durch Ferdinand Lassalle gegründet. Das sind jetzt genau zweimal 70 Jahre, nämlich bis 1933, dem Beginn der nationalsozialistischen Diktatur, und von da bis heute. Nur ein Zehntel davon haben wir heute tätigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt als Partei erlebt und gestaltet. 67 Jahre lang, also fast die Hälfte unserer gesamten Geschichte, wurde die Sozialdemokratie hier bei uns verfolgt. Noch keine Partei hatte die Kraft und Zuversicht, dergleichen zu überstehen und gestärkt daraus hervor zu gehen. Das ist das Besondere an unserer Partei. Darüber müssen wir uns noch näher Gedanken machen, und deshalb gehe ich auf diese schweren Jahre zuerst ein. Die Zeiten der drei großen Verfolgungen reichen von 1878 bis 1890 unter Bismarck mit dem „Sozialistengesetz“, von 1933 bis 1945 unter dem Nationalsozialismus und von 1946 bis 1989 unter dem von der sowjetischen Besatzungsmacht verordneten Kommunismus.

Das „Sozialistengesetz“ galt von 1878 bis 1890 und war ein Ausnahmegesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. In dieser Zeit war den Sozialdemokraten nur eine parlamentarische Betätigung erlaubt - d. h. die Reichstagsmandate konnten nicht weggenommen werden -, aber alle parteipolitischen Aktivitäten waren verboten. Sie wurden bestraft mit Zuchthaus, Gefängnis, Ausweisungen und andere in das bürgerliche Leben weit eingreifende Maßnahmen. Das war für eine Partei, die in großer Zahl tief in der Bevölkerung verwurzelt war und ein reiches Vereinsleben entwickelt hatte, ein Stoß, der die Sozialdemokratie bis ins Mark treffen sollte.

In der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945 hatten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die schwersten Prüfungen zu bestehen und Verfolgungen zu erleiden. Am 23. März 1933 wurde im Reichstag das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ erlassen: „Reichsgesetze können ... auch durch die Reichsregierung beschlossen werden ... Die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen ...“. Damit war das Parlament ausgeschaltet ebenso wie jede

andere Kontrolle einschließlich des Verfassungsgerichtes und die Diktatur galt als formal beschlossen. Der hemmungslose Terror nahm seinen Lauf. Aber was spielte sich an jenem Märztag in der Berliner „Kroll-Oper“, in der nach dem Reichstagsbrand der Reichstag zusammengekommen war, ab? Die Nazis hatten eine furchterregende und bedrohliche Kulisse durch schreiende SA-Leute aufgebaut. Von den 120 gewählten SPD-Abgeordneten konnten nur 94 anwesend sein, die anderen - wie auch sämtliche Kommunisten – wurden an der Teilnahme gehindert. Die Machtverhältnisse schienen klar zu sein. Dem Gebrüll: „Wir wollen das Ermächtigungsgesetz!“ stellten sich einzig und allein die Sozialdemokraten entgegen. Dies war wohl zugleich der schwärzeste und großartigste Tag unserer Parteigeschichte.

Otto Wels (1873-1939), SPD-Vorsitzender seit 1919, begründete mit einer beeindruckenden Rede die Ablehnung. Sie gipfelte in dem Satz: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Und alle wussten, dass es tatsächlich um Freiheit und Leben ging. Bei der Abstimmung gab es keine Stimmenthaltung. Sämtliche 94 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stimmten mit Nein, alle anderen 440 Mitglieder mit Ja. Dazu gehörte das gesamte bürgerliche Lager, in dem sich unter anderem auch der spätere erste Bundespräsident Theodor Heuss befand. Einige von uns haben den letzten Überlebenden aus dieser mutigen



Otto Wels (1873-1939)  
Parteivorsitzender  
von 1919 bis 1939 (im Exil)  
Fraktionsvorsitzender im Reichstag bis  
1933

SPD-Fraktion, den erst kürzlich mit 100 Jahren verstorbenen Josef Felder, auf Parteitag noch kennen gelernt. Keine andere mit uns konkurrierende Partei kann sich rühmen, solche Menschen in ihren Reihen gehabt zu haben. Dadurch werden wir zwar selbst nicht besser, doch kann es uns gelegentlich Kraft geben und Verpflichtung bedeuten, in einer solchen Tradition zu stehen. Mehr noch als die Statistiken beeindrucken dabei die Lebensberichte der Verfolgten aus Deutschland und dem Exil. Das Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert „Der Freiheit

verpflichtet“ enthält zahlreiche Namen und Biografien aus dieser Zeit, besonders auch aus Sachsen-Anhalt.

Nach dem Krieg 1945 gerade erst wiedergegründet, wurde in der sowjetischen Besatzungszone durch List und Betrug, aber auch durch Gewalt in unterschiedlichster Ausprägung, die Zwangsvereinigung der SPD mit der Kommunistischen Partei unter dem sowjetischen Besatzungsregime durchgesetzt. Das Wort „Sozialdemokratismus“ galt fortan nicht nur als Schimpfwort, sondern als schwerer Vorwurf, der Folgen für Freiheit, Leib und Leben haben konnte. Über diese Vorgänge und die Zeit danach hat Andreas Schmidt eine ausgezeichnete und umfangreiche Dissertation verfasst: „Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der Provinz Sachsen/im Land Sachsen-Anhalt 1945 bis 1949“. Sie wird in Kürze als Buch erscheinen und bietet so viel Stoff, dass ich sie allen empfehlen kann, auch denjenigen, die nur auszugsweise darin lesen wollen.

In guter Erinnerung ist vielen von uns der Neuanfang im Herbst 1989. Am 7. Oktober erfolgte in Schwante die Gründung der SDP noch konspirativ. Markus Meckel und Martin Gutzeit waren die entscheidenden Köpfe. Sie haben damit deutsche Geschichte geschrieben. Ihnen gilt meine ganz persönliche Hochachtung. Ähnlicher Respekt gilt all jenen, die dem Aufruf folgend - ebenfalls konspirativ und die Verhaftung und Verfolgung durch den Staatssicherheitsdienst noch fürchten müssend -, an Dutzenden von Orten in Sachsen-Anhalt in kurzer Zeitfolge und fast unabhängig von einander Ortsvereine gründeten. Beispielsweise geschah das in Halle am 27. Oktober 1989 in der Wohnung von Uli Hamers. Von den Gründungsmitgliedern sind einige nicht mehr dabei, aber Christel Riemann- Hane-winckel und Bernd Vogtländer übernahmen bis heute in verschiedenen wichtigen Funktionen Verantwortung. Es begann alles ohne Büros und ohne Technik. Bald setzte die Hilfe aus den Ortsvereinen der alten Bundesrepublik ein, und bald kamen wir auch selbst auf die Beine. Über die Schwierigkeiten des Anfangs haben wir uns schon häufig ausgetauscht, und wir sollten uns nun auch die Zeit nehmen, unsere eigene Geschichte aus dieser Zeit festzuhalten. Die Historische Kommission der SPD in Sachsen-Anhalt hat 2002 einen solchen Auftrag vom Landesparteitag in Des-

sau bekommen und es ist zu hoffen, dass sich viele Genossinnen und Genossen, Ortsvereine und Kreisverbände daran beteiligen.

## 2. Die Kraft der Sozialdemokratie und ihre gesellschaftliche Verankerung

Was ist das für eine Partei, die im Verlauf von 140 Jahren, nach langen Zeiten von Unterdrückung und Verfolgung, aus eigener Kraft immer wieder zu neuer Blüte fand, die sich an alten Ideen und Idealen anknüpfend, auf neue Verhältnisse einstellen konnte, ihr demokratisches Wesen dauerhaft bewahrte und in den Dienst der Gesellschaft stellte?

Keine der anderen Parteien in Deutschland hat eine ähnliche Geschichte. Sie sind entweder untergegangen oder Nachkriegsgründungen wie die CDU. Wie kommt es also, dass nur die Sozialdemokratie einen solchen Weg gehen konnte und gegangen ist? Darauf gibt es gewiss viele Antworten. Meine Antwort ist folgende: Bei der Sozialdemokratie handelt es sich nicht nur um eine Partei üblichen Stils, die für eine bestimmte Zeit einen bestimmten Bevölkerungsteil vertritt und dessen Interessen unter den gegebenen Bedingungen anderen gegenüber durchzusetzen versucht. Die Sozialdemokratie ist mehr. Sie ist zugleich eine große emanzipatorische Bewegung, die im 19. Jahrhundert entstand und an die Aufklärung anknüpft. So gesehen sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten „Kinder der Aufklärung“. Es geht um die Überwindung von Schranken zwischen den Bevölkerungsgruppen, es geht um die Teilhabe aller an gesellschaftlichen Vorgängen, am „Haben und Sagen“ wie die Gewerkschaftsbewegung es später ausgedrückt hat. Es geht um die drei großen Ideale: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Und die Freiheit steht dabei ganz bewusst an erster Stelle, wie Willy Brandt später ausdrücklich betont hat. Für die arbeitenden Menschen war übrigens das Wort „Sozialismus“ die Zusammenfassung dieser drei Ideale in einem Wort. Umso bedauerlicher ist es, dass dieser Begriff in unserer Zeit von den Kommunisten derart missbraucht wurde, dass er von vielen von uns nicht mehr akzeptiert wird, was bis zu einer Infragestellung des ganz bewusst zur Klarstellung gewählten Wortes „Demokratischer Sozialismus“ führte. Doch die Ideale sind dauerhaft gültig. Sie müssen nicht ausgetauscht werden. Es ist allerdings notwendig, sie auf die jeweils geltenden Verhältnisse anzuwenden, wie das ja auch geschah. Wenn wir in der heutigen Zeit immer wieder ge-

fragt werden, was denn unsere Visionen seien und ob wir nicht neue Visionen brauchten, an denen wir uns ausrichten, so ist jedenfalls für mich die Antwort klar: die Vision von einer freien, gerechten, solidarischen Gesellschaft ist dauerhaft. Wir werden dieses Ideal zwar nie ganz erreichen, arbeiten aber ständig dafür, uns ihm in kleinen Schritten anzunähern. Dabei ist uns bewusst, dass es wiederholte Rückschläge gibt. Es ist wie mit einem Leitstern, nach dem wir unseren Weg bestimmen.

So ist es auch mit der „sozialen Frage“ des 19. Jahrhunderts gewesen. Diese Frage bestand aus zahllosen Einzelforderungen: Verbot der Kinderarbeit, Hilfe bei Krankheit oder im Alter, der Acht-Stunden-Tag und vieles andere mehr. Alle diese Forderungen sind inzwischen erfüllt. Doch der Weg ist damit noch nicht zu Ende gegangen. Viele der sozialen Fragen wurden übrigens von den Besitzenden lange Zeit gar nicht wahr- oder wenigstens nicht ernstgenommen. Die Spaltung der Gesellschaft und damit die mangelnde Fähigkeit, sich in die anderen hinein zu versetzen, war dafür zu ausgeprägt. Dazu eine Karikatur aus der Zeitschrift „Der wahre Jakob“ von 1907, Überschrift „Am 1. Mai“: Herr und Diener stehen am Fenster und blicken auf den Demonstrationzug. Herr: „Kindermann, was wollen eigentlich, äh, diese Arbeiter? Diener: „Verzeihung, Durchlaucht, sie wollen den Acht-Stunden-Tag.“ Herr: „Ganz unglaublich, Kindermann, wie dumm dieses Volk ist. Sagen sie ihm doch, äh, dass Acht-Stunden-Tag unmöglich! Einfach unmöglich! Tag wird immer 24 Stunden haben!“ Viel Geist und Witz wurde aufgewendet, um solche Ignoranz bloßzustellen und diese Verhältnisse zu geißeln. Nicht nur den Hallensern sei dazu die Schrift zur Einweihung des Halleschen Volksparks von 1907 empfohlen.

Die Sozialdemokratie als politisch kämpfende Partei und zugleich emanzipatorische Bewegung hatte von Beginn an eine erhebliche gesellschaftliche Breite. Das kam ihr während des „Sozialistengesetzes“ zugute. Im Grunde wurden reine Tarnorganisationen gegründet, aber sie erfassten weite Teile der Bevölkerung mit unterschiedlichsten Interessen und Neigungen im gesellschaftlichen Umfeld: Arbeitersportbewegung, Naturfreunde/Naturfreundejugend, Kinderfreunde, Falken, sozialistische Jugend, Raucherclubs und Bildungsvereine. Besonders eindrucksvoll - weil

von Solidarität und Bildungshunger zeugend - ist das Beispiel der Zigarrenwickler. Sie saßen bei der Arbeit in Gruppen um einen Tisch und wählten unter sich einen Vorleser aus, für den sie mitarbeiteten. So nahmen sie einen geringeren Verdienst in Kauf und nutzten die Arbeitszeit für ihre Bildung. Eine bedeutende Rolle spielten auch die Arbeitersänger. Es sei daran erinnert, dass es einen weiteren 140. Geburtstag gibt: das von Georg Herwegh geschaffene Bundeslied für den ADAV mit dem berühmten Vers: „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Ein Vers, der Geschichte gemacht hat.

Wohl die bedeutendste gesellschaftspolitische Leistung der Sozialdemokratie war die Frauenbewegung. Es ging um die Stellung der Frau in der Gesellschaft. An der Frauenfrage zeigt sich bis zum heutigen Tage besonders deutlich, welches Bild jemand von der Gesellschaft hat.



August Bebel (1840-1913)  
Vorsitzender der  
„Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“,  
seit 1890  
„Sozialdemokratische Partei Deutsch-  
lands“, von 1869 bis 1913

Auch August Bebel, der bedeutendste sozialdemokratische Parteiführer in der Kaiserzeit, beschäftigte sich intensiv mit dieser Frage. Sein berühmtes Buch „Die Frau und der Sozialismus“ erlebte noch vor dem Ersten Weltkrieg seine 25. Auflage. Doch es musste erst das Kaiserreich zusammenbrechen und die Republik ausgerufen werden, ehe das Frauenwahlrecht 1919 eingeführt werden konnte. Und so war es folgerichtig auch eine Sozialdemokratin, Marie Juchacz (1879 – 1956), die im Jahre 1919 als erste Frau einem deutschen Parlament - der Weimarer Nationalversammlung - angehörte. Sie gründete maßgeblich im gleichen Jahr die Arbeiterwohlfahrt, war von 1920 – 1933 Mitglied des Reichstages und

die erste Frau, die dort eine Rede hielt. Bereits ihre Anrede war ein Programm. Ein Raunen ging durch den Saal als sie begann: „Meine Herren und Damen!“

Aus dieser Geschichte heraus ist es kein Zufall, dass die erste Frau, die das Amt der Bundestagspräsidentin inne hatte, Annemarie Renger, die erste Frau, die in Deutschland Ministerpräsidentin wurde, Heide Simonis, und die erste Frau, die Vorsitzende des Bundesverfassungsgerichtes wurde, Jutta Limbach, alles Sozialdemokratinnen sind.

Obwohl sich die Sozialdemokratie von ganz unten, von den Wurzeln der Gesellschaft her aufgebaut hat und dort von Beginn an tief verankert gewesen ist, hat sie die Macht in den Rathäusern zu spät erkannt und erringen können. Vor 1918 war dies aufgrund bestimmter gesetzlicher Regelungen ohnehin ein Privileg der besitzenden Klasse. Später mussten sich viele, die im kommunalen Bereich politische Verantwortung übernahmen und pragmatische Entscheidungen trafen, oft den Vorwurf des Reformismus anhören. Und theoretische Einwände gab es auch gegen die „kleinliche Kirchturmpolitik“. Man ging davon aus, dass sich mit dem Erkämpfen des Sozialismus auch im kommunalen Bereich alles wie von selbst zum Guten entwickeln würde. Den Weg zur klassischen Rathauspartei beschriftet die Sozialdemokratie erst langsam ab 1919/20.

### 3. Das Ringen um die Programme

Immer wieder hören wir den Satz, die SPD sei eine Programmpartei. Und in der Tat spielen die sozialdemokratischen Programme seit 140 Jahren eine bedeutende Rolle. Nicht nur ihr Inhalt, sondern schon die Art ihrer Entstehung, ihre Autoren und die Geltungsdauer sind ein Spiegelbild der 140-jährigen Parteigeschichte. Deshalb sei hier speziell auf diese Gesichtspunkte eingegangen.

Als erstes Programm gilt Ferdinand Lassalles (1825-1864) „Offenes Antwort-



Ferdinand Lassalle  
(1825-1864)

gründete 1863 in Leipzig den „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“

schreiben“ von 1863 mit den drei wichtigen Punkten:

- die Forderung nach der Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung, also eher eine organisatorische, wenngleich in dieser Zeit neue und sehr selbstbewusste Forderung,
- die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts. Demnach ist die Forderung nach dem Wahlrecht die erste große politische Forderung der Sozialdemokratie. Angesichts dieser Tatsache stimmt es um so bedenklicher, wenn in der heutigen Zeit das Wahlrecht so gering gewertet wird und immer weniger Menschen davon Gebrauch machen. Das Wissen um die Tatsache, dass sich davon alles Weitere in der demokratischen Gesellschaft ableitet, ist offenbar immer weiter in den Hintergrund getreten.
- Die Gründung von Arbeiterproduktivgenossenschaften mit Hilfe von Staatskrediten, das heißt die Forderung nach genossenschaftlicher, wirtschaftlicher Tätigkeit und damit dem Streben nach mehr wirtschaftlicher Unabhängigkeit.

Das „Eisenacher Programm“ vom August 1869 wurde mit der Gründung der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ im Wesentlichen von dem Drechslermeister August Bebel (1840– 1913) verfasst, der bis zu seinem Tode die große Führungspersönlichkeit seiner Partei gewesen ist. (Er starb wenige Monate bevor Willy Brandt geboren wurde.) Das Programm zeigt unverkennbare Einflüsse von Lassalle, Marx und Engels. Dieser Umstand war für manchen politischen Gegner – auch 100 Jahre später noch – Veranlassung, die Sozialdemokratie in eine Ecke mit den Kommunisten zu stellen, ohne die Bezüge der Zeit und die spätere Entwicklung beider Richtungen zur Kenntnis nehmen zu wollen.

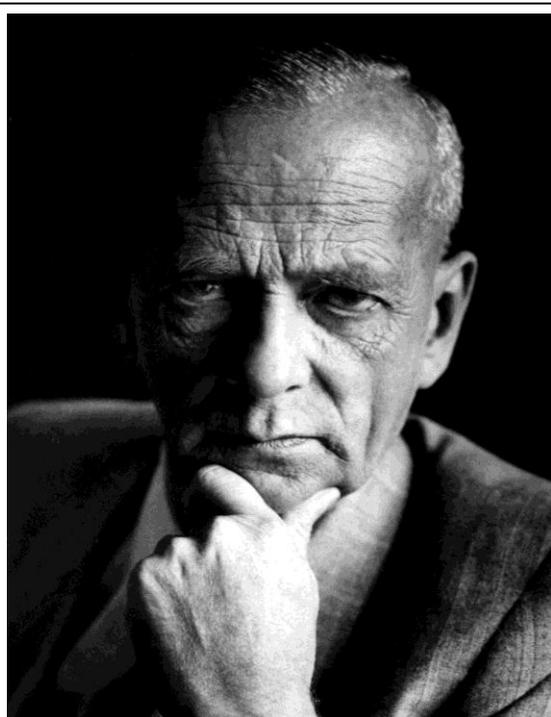
Das „Gothaer Programm“ von 1875, also bereits sechs Jahre nach dem „Eisenacher Programm“ verfasst, galt 16 Jahre lang. Es war die notwendige Folge nach dem Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien, der Lassalle-Anhänger, nach dessen Tod, und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der hauptsächliche Verfasser war Wilhelm Liebknecht (1826–1900), ein studierter Mann und der Vater von Karl Liebknecht. Hierzu eine kleine Episode: In einem Brief an den Verfasser übte Karl Marx eine vernichtende Kritik an diesem Programm. Wilhelm Liebknecht teilte diese

Kritik seinen Genossen nicht mit, sondern sie wurde erst 15 Jahre später veröffentlicht. In unserer heutigen Mediengesellschaft ein unvorstellbarer Vorgang. Heute würde eine solche Kritik bereits nach 15 Minuten über die Sender gehen.

Nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ 1890 war die Partei für ein kämpferisches neues Programm bereit. Erstmals erfolgte eine breite Diskussion darüber, und das Ergebnis war das „Erfurter Programm“ von 1891, das 30 Jahre lang galt. Die wesentliche Arbeit leisteten Eduard Bernstein und Karl Kautsky mit großer Unterstützung von August Bebel. Es wurde eine 21-köpfige Programmkommission eingesetzt. Zuvor jedoch, und das ist für uns in Sachsen-Anhalt von großem historischen Interesse, fand vom 12. – 18.10.1890 der erste Parteitag nach dem Fall des „Sozialistengesetzes“ statt, und zwar in Halle an der Saale im sogenannten „Hofjäger“. Hier erfolgte die Namensgebung. Seitdem heißt unsere Partei SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Unser Landesverband hat am 12.10.1990, dem 100. Jahrestag, in einer Veranstaltung mit Johannes Rau als Festredner dieses Ereignisses gedacht. Halle war damals nicht zufällig als Ort für diesen Parteitag gewählt worden, sondern wegen der dortigen guten Organisation. Bereits am Karfreitag, dem 19. April 1889, war dort im „Kühlen Brunnen“ der „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“ gegründet worden, noch ganz im Schatten des „Sozialistengesetzes“. Der Verein hatte am Sonntag, dem 28. April, bei der ersten Mitgliederversammlung in der Moritzburg 180 Mitglieder. Als Referent holte man Fritz Kunert aus Berlin. Er sprach über „Die Presse“ und wurde anschließend einstimmig als Reichstagskandidat für Halle und den Saalkreis gewählt. Das ist wohl ein Zeichen dafür, dass dieses Thema schon damals für die politische Arbeit enorm wichtig war und dass man überregional dachte, die Macht in Deutschland insgesamt anstrebte und rückhaltlos einen „Auswärtigen“ unterstützte. Am 18. November 1890 gab man sich dann folgerichtig den neuen Namen: „Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.“ Ähnliches hat sich an anderen Orten zur gleichen Zeit oder kurz danach abgespielt. Gewiss lässt sich in unserer eigenen Geschichte dazu noch manches in Erfahrung bringen.

Erst 1921 folgte das „Görlitzer Programm“. Zuvor hatten sich nicht nur in Deutschland und Europa, sondern auch innerhalb der SPD dramatische Vorgänge abgespielt. Zu Ostern 1917 kam es insbesondere wegen unterschiedlicher Ansichten in der Haltung zum Ersten Weltkrieg zur Parteisplaltung. Es entstand die USPD. Die Mehrheit von ihr ging 1920 mit der KPD zusammen und die Minderheit schloss sich 1922 wieder der SPD an. Für Programme hatte man in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der praktische politische Arbeit und Regierungsverantwortung im Vordergrund standen, weder Zeit noch Kraft. Dann aber geschah zur Vorbereitung das, was uns heute sehr bekannt vorkommt: Eine Programmkommission, bestehend aus 60 Leuten und 11 Unterkommissionen, machte sich gründlich und umfassend an die Arbeit. Dieser Aufwand und die Diskussion hatten jedoch keinen Einfluss auf die Geltungsdauer des Programms. Das waren nur 4 Jahre.

Bereits 1926 folgte das „Heidelberger Programm“. Es war nötig geworden, weil man beim Wiederanschluss der Rest-USPD die Erarbeitung eines neuen Programms als Bedingung vereinbart hatte. Die Aufgabe ist formal erfüllt worden, aber das Interesse daran war äußerst gering. Es wurde laut und vernehmlich Klage geführt über das allgemeine Desinteresse der Partei an der Programmarbeit. Und gerade dieses Programm war – wenn gleich durch ganz andere Umstände bedingt – 34 Jahre gültig.



Kurt Schumacher (1895-1952)  
Parteivorsitzender von  
1945 bis 1952

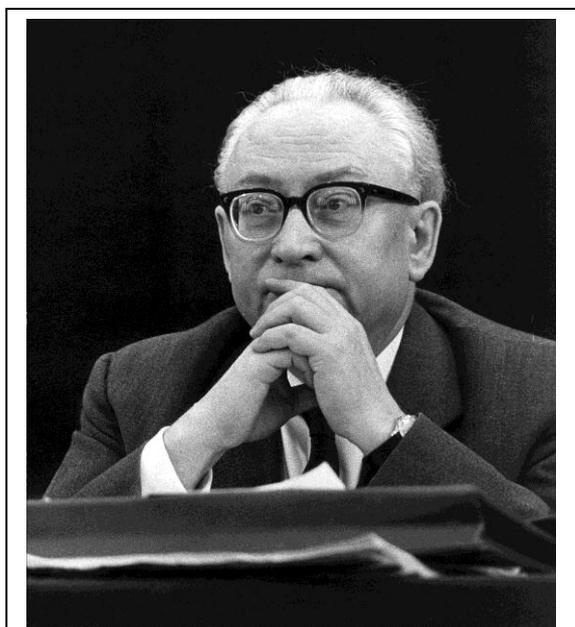
Erst 1959 folgte das „Godesberger Programm“. Dorthin war es ein langer Weg. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Verfolgungen wurde die Partei maßgeblich durch Kurt Schumacher (1895 – 1952) neu gegründet. Schumacher, dieser charismatische Parteiführer, hielt es nach dem Krieg für verfrüht, mit der Programmarbeit zu beginnen. Auch lief später die Arbeit der Programmkommission sehr schleppend. Als der Parteitag begann,

lagen etwa 200 Anträge dazu vor. Einige waren im Grunde komplette Gegenentwürfe. Doch nach dreitägiger Diskussion gab es nur 16 Gegenstimmen. Das „Godesberger Programm“ war ein Meilenstein der Parteiarbeit und der sozialdemokratischen Politik insgesamt, der Weg zur Volkspartei. Für uns in Sachsen-Anhalt ist es interessant zu wissen, dass nicht nur der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer - als gebürtiger Magdeburger - Anteil an diesem Programm hatte, sondern der wirtschaftspolitische Teil im Wesentlichen von Heinrich Deist jun. geschrieben wurde, dem Sohn des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Anhalt in den 20er Jahren.

Bis zum heutigen Tage gilt für uns das „Berliner Programm“ von 1989. Darin wurden die Grundgedanken neuer sozialer Bewegungen und Einsichten zum Frieden, zur Ökologie oder auch

zur Arbeit aufgenommen. Als jedoch dieses Programm im Dezember verabschiedet wurde, waren Deutschland, Europa und die Welt gerade mitten in einer dramatischen Veränderung. Die Ostsozialdemokratie konnte an der Programmarbeit selbstverständlich noch nicht teilhaben. Seither wurden insbesondere in den SPD-Landesverbänden der neuen Bundesländer Wünsche und Forderungen laut, ein neues Programm zu schreiben, das den Veränderungen in der Welt Rechnung trägt und die eigenen Erfahrungen aus den vergangenen Jahrzehnten und des Umbruchs aufnimmt.

In diesen Jahren arbeiten wir - und zwar erstmals während gleichzeitiger Regierungsverantwortung - an einem neuen Grundsatzprogramm der SPD. Es wird die veränderten Verhältnisse berücksichtigen und zugleich an den Idealen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität festhalten. Es ist zu wünschen, dass es den Namen einer Stadt im Osten Deutschlands tragen wird. Das bisherige Interesse daran ist noch nicht so groß, wie es sein sollte, vermutlich auch deshalb, weil erst nach dem Parteitag in Bochum ein



Erich Ollenhauer (1901-1963),  
gebürtiger Magdeburger,  
Parteivorsitzender von 1952 bis 1963

geschlossener Entwurf vorliegen wird. Doch wichtig wird es für die Sozialdemokratie auf jeden Fall.

#### 4. Einige Lehren für heute

Politische Kämpfe zu führen, ist unsere ständige Aufgabe. Dazu müssen wir nicht nur unsere Ziele, sondern auch die Verhältnisse kennen und wissen, wie sie entstanden sind. Die Kenntnisse über unsere eigene Geschichte hätten wenig Bedeutung, wenn sie nicht unser Verhalten in der Gegenwart beeinflussen würden. Sicher zieht jeder daraus seine eigenen Lehren und die können sehr unterschiedlich sein. Einige Gesichtspunkte sollten jedoch allgemein gültig sein und uns bereichern:

Da ist zunächst die Fülle an kleinen und großen Begebenheiten und menschlichen Haltungen Einzelner oder ganzer Gruppen, die man sich zum Beispiel nehmen kann. Viele unserer ehemaligen Genossinnen und Genossen haben auf der Grundlage ihrer Überzeugungen große persönliche Leistungen und Opfer gebracht.

Auch das unbeirrte Weitertragen von Grundüberzeugungen über die Generationen hinweg ist zu nennen, verbunden mit dem ständigen Ringen um zeitgemäße Lösungen von Problemen. Wir können mit Veränderungen umgehen, sonst gäbe es uns nach 140 Jahren nicht mehr. Diese Einsicht wird uns auch helfen, gegenwärtige Schwierigkeiten zu bewältigen.

Allgemein gültig ist auch die Einsicht, dass man politische Macht braucht, um etwas zu erreichen. Das beginnt innerhalb der eigenen Partei und reicht über die Auseinandersetzungen mit anderen Parteien bis weit in die gesamte Gesellschaft hinein. Daran schließt sich die Notwendigkeit an, dass sich nach Abschluss eines demokratischen Entscheidungsprozesses innerhalb der Partei die Minderheit der Mehrheit anschließen muss, auch wenn es gelegentlich schwer fällt, wie aktuelle Beispiele immer wieder zeigen. Nicht umsonst begleitete uns der Satz: „Einigkeit macht stark.“

Unsere Geschichte zeigt auch, dass selbst erfolgreichste politische Laufbahnen nicht ohne Rückschläge, Niederlagen und persönliche Kränkungen verlaufen, und niemand davor sicher sein kann.



Willy Brandt (1913-1992)  
Parteivorsitzender von 1964 bis 1987  
Bundeskanzler von  
1969 bis 1974, Friedensnobelpreisträger

Auch Willy Brandts schwieriger Weg zeigt das. Wer in ihm heute nur noch den Bundeskanzler, Friedensnobelpreisträger und großen Parteiführer sieht, sollte nicht vergessen, welche Schwierigkeiten er hatte, in Deutschland wieder Fuß zu fassen, in Berlin an die Spitze zu kommen und in Deutschland anerkannt zu werden. Seine Biografie zeigt, wie schwer es sein kann, nicht aufzugeben.

Die Zeiten der Unterdrückung und Verfolgung der Sozialdemokratie waren vergleichsweise lang und die Regierungszeiten kurz. Doch die Ergebnisse sozialdemokratischer Politik sind aus dem Leben in Deutschland nicht mehr wegzudenken und haben sich in weiten Teilen als allgemein gültig durchgesetzt. Darauf können wir mit Selbstbewusstsein verweisen. Das alles leistete die Sozialdemokratie insgesamt durch das überzeugte und überzeugende Eintreten unzähliger Frauen und Männer für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, doch auch durch das Wirken herausragender Personen und Programme. Denn zu jeder Politik gehört jemand, der für sie eintritt, und Programme schützen uns vor der Beliebigkeit im politischen Handeln. Dabei wird es auch künftig bleiben. Gestärkt durch den Blick in unsere Geschichte können wir uns zuversichtlich den nächsten Aufgaben zuwenden.

**Dr. Beatrix Herlemann**

## **130 Jahre SPD in Halberstadt\***

Wenn die Halberstädter SPD ihr 130 jähriges Bestehen auf dem alljährlichen Minna-Bollmann-Fest feiert, so macht das Sinn, denn die Mitglieder der Familie Bollmann waren seit den Anfängen eng mit der sozialistischen Bewegung in Halberstadt verbunden. Seit 1873 stellte Johanna Bollmann ihr zunächst kleines Schanklokal mit Hinterzimmer in der Bakenstraße 63 den Lassaleanern zur Verfügung, die die erste politische Arbeiterorganisation in Halberstadt gegründet hatten. Hier in der Unterstadt, wo die „Proleten“ wohnten, fanden sie, zunächst meist Handschuhmacher, eine Heimstatt. Hier hatte der unterirdische Kampf gegen das Sozialistengesetz einen sicheren Stützpunkt und hier nahmen bekannte Parteiführer wie Bebel, Liebknecht, Hasenclever und Singer Quartier. Die Söhne von Johanna Bollmann, Ernst und Fritz, übernahmen mit dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 das „Odeum“, in dem fortan die großen Versammlungen und Feste von Partei und Gewerkschaften stattfinden. Hier tagte im März 1892 der erste deutsche Gewerkschaftskongress in Anerkennung der starken Arbeiterbewegung Halberstadts, einer Mittelstadt ohne Großindustrie.

Zum erstenmal errang 1884 ein Halberstädter, der Hutmacher und begnadete Volksredner August Heine, ein Reichstagsmandat und zwar das der Provinzhauptstadt Magdeburg. Wenn es auch 1887 verloren ging, zog Heine doch 1890 als Abgeordneter des Wahlkreises Calbe-Aschersleben erneut in den Reichstag ein.

Mit dem Fall des Sozialistengesetzes wurde in Halberstadt eine Agitationsschule gegründet, ein Jahr vor der sozialistischen Arbeiterbildungsschule in Berlin. Der Arzt Dr. Crohn war ihr geistiger Mentor.

Auch eine eigene Wochenzeitung, das „Halberstädter Sonntagsblatt“ konnte nach verbotenen Vorläufern etabliert werden, gefördert und mit vielen Beiträgen versehen von August Heine. Nach einigen Wechselfällen

---

\* nach einer Festrede am 22. September 2001 in Halberstadt

folgte im Frühjahr 1914 das „Halberstädter Tageblatt“. Die SPD-Zeitung sollte eine 10.000er Auflage erreichen.

Im März 1912 wurde ein eigenes Parteisekretariat eröffnet, getrennt von dem seit 1908 mit den Gewerkschaften gemeinsam betriebenen Sekretariat, das der Handschuhmacher Paul Weber führte. Er baute eine schlagkräftige Organisation auf, die dem Reichstagskandidaten aus Magdeburg, Alwin Brandes, nach 1918 langjähriger Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, bei der Wahl von 1912 zum Sieg verhalf. Bereits 1904 wurde Minna Bollmann, die Tochter des früheren Halberstädter Sozialisten Zacharias, für den Bremer Parteitag delegiert. Seither vertrat sie Halberstadt auf vielen Parteitag, wie auf den nationalen und internationalen Frauenkongressen. Als einsatzfreudige Werberin für die sozialistische Idee und die damit verbundene Gleichberechtigung der Frau wurde sie in Mecklenburg und Schlesien, in Westfalen und im Rheinland eingesetzt.

1918 zog Minna Bollmann in die verfassungsgebende Nationalversammlung ein und von 1919 bis 1933 vertrat sie den Wahlkreis Magdeburg-Anhalt im Preußischen Landtag. Im Stadtparlament setzte sie sich vor allem für die sozialen Belange der Bedürftigen ein. Als Ehefrau von Max Bollmann, dem jüngsten der sieben Bollmann-Brüder, der das Parteilokal seit 1896 führte, war sie der gute Geist der Bakenstraße. Hier wurde tätiger Sozialismus praktiziert. Hier fand jeder, der Not litt, Hilfe. Erwerbslose oder ausgesperrte Genossen wurden unentgeltlich beköstigt. Die Jugend durfte den Saal oft ohne Gebühr nutzen. Persönlicher Vorteil lag den Bollmanns fern.

1919 mit dem Ende des Dreiklassenwahlrechts, das die Zahl der sozialdemokratischen Stadtverordneten auf vier beschränkt hatte, zog eine sozialistische Mehrheit in das Stadtparlament ein und stellte bis 1930 mit Paul Weber den Oberbürgermeister. Eine Kommunalpolitik zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung förderte den Wohnungsbau, den Ausbau der städtischen Werke und des Verkehrswesens, betrieb eine ausgedehnte soziale Fürsorge und eine konstruktive Schulpolitik.

Mit dem Aufkommen der braunen Gefahr stand das Parteilokal und das Odeum im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Abwehrkampfes. 1933, als die SA führende Sozialdemokraten mit Schmähschildern durch die Straßen der Stadt trieb und zum Teil schwer misshandelte, wurde die alte „Parteischmiede“ in der Bakenstraße zum Zentrum des Halberstädter Widerstandskampfes. Otto Bollmann und sein Freund Erich Bordach bezogen in ihre illegale Tätigkeit Familienmitglieder und zuverlässige Genossen ein, verbreiteten die vom Exilvorstand in Prag bezogenen Druckschriften und hielten Verbindungen nach Magdeburg, Berlin, Dresden und Prag. In der Bakenstraße machten die Untergrundfunktionäre von außerhalb Station, hier erfuhr mancher unter dem Verfolgungsterror schwankend Gewordene neue Ermutigung, hier herrschte unverändert der alte Geist, hingen die Bilder von Marx und Engels, Bebel und Liebknecht unverrückt an der Wand.

Minna Bollmann, die schwer am Schicksal ihrer verfolgten und ermordeten Genossen trug, nahm sich im Dezember 1935 das Leben. Die Beerdigung der 60jährigen gestaltete sich, wie bereits zehn Jahre zuvor das Begräbnis ihres Mannes zu einer großen Bekenntnisfeier mit Hunderten von Trauergästen. Dieser stumme Massenprotest gab den letzten Anstoß für die Gestapo, das Lokal in der Bakenstraße zu schließen und die von hier aus wirkenden, bereits seit längerem beobachteten Widerständler zu verhaften.

Nach grausamen Verhören standen im Februar 1937 elf Halberstädter, darunter vier Frauen, vor dem Berliner Kammergericht. In einem Teilprozess, der insgesamt 120 Sozialisten aus dem Raum Harz-Halle-Zeitz erfasste, wurde Erich Bordach zu drei Jahren und Otto Bollmann zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Doch das Strafmaß war von untergeordneter Bedeutung, wurden beide doch gemäß herrschender NS-Strafverfolgung in ein KZ überführt und erst 1942 aus Sachsenhausen entlassen.

Bald nach Kriegsende öffnete die gastliche Stätte in der Bakenstraße wieder. Otto Bollmann wurde zum Stadtrat für Versorgung ernannt, Erich Bordach führte nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt. Doch die von der SED gesteu-

erte Kampagne gegen den Sozialdemokratismus setzt dem öffentlichen Wirken von Sozialdemokraten Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre für Jahrzehnte ein Ende. Die dritte Verhaftungswelle nach dem Sozialistengesetz und der NS-Diktatur setzte ein. Der einstige Unterbezirksvorsitzende Rudolf Köching starb in der Haft. Otto Bollmann nahm sich im „Roten Ochsen“ in Halle das Leben. Seine Mithäftlinge ließ er wissen, er habe nicht mehr die Kraft, noch einmal sechs oder mehr Jahre hinter Gittern zu verbringen. Erich Bordach blieb danach eine Verhaftung erspart. Von der SED-Kreisleitung „fauler liberalistischer, versöhnlicher Tendenzen“ bezichtigt, wurde er aus dem Amt gedrängt. Die Presse sprach vom Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen. In den nächsten Jahrzehnten wurde die Erinnerung an sozialdemokratische Leistungen gründlich verdrängt, Geschichte wurde gefälscht und die Menschen eingeschüchtert. Niemand, der einst stolz auf seine sozialdemokratischen Wurzeln war, sprach mehr davon. Doch mit dem Ende der DDR wurden Erinnerungen wieder wach, regte sich sozialdemokratisches Leben in der Stadt, an deren Spitze von 1990 bis 2003 erneut ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister stand. Mit Stolz kann die Halberstädter Parteiorganisation im September ihr 130jähriges Bestehen feiern.

Karl Dilßner\*

## Der Arbeiteraufstand in Halberstadt vom 17. – 19. Juni 1953: Zeitzeugenbericht eines Sozialdemokraten

Vorwort (Juni 2003) von Sebastian Friese

Die SPD Halberstadt will auch 50 Jahre nach dem Arbeiteraufstand die Erinnerung bewahren und stellt deshalb den Beitrag des leider im Jahr 2000 verstorbenen Karl Dilßner erneut zur Veröffentlichung zur Verfügung. Der Text wurde lediglich der neuen Rechtschreibung angepasst und leicht gekürzt. In der Textfassung sind die frischen und lebhaften Erinnerung an die SED Herrschaft noch deutlich zu spüren und somit stellt dieser Beitrag nach 13 Jahren schon wieder ein wertvolles Zeitdokument dar.

Vorwort (Juni 1990) von Karl Dilßner

Seit Jahrzehnten verdrängt und verschweigt die Partei- und Staatsführung der SED, aber auch neuerdings die Erbpartei PDS die Ereignisse und die Folgen des „17. Juni 1953“.

Gerade die Jugend von heute drängt auf die geschichtliche Wahrheit, da sie in der Schule nur von „Konterrevolution“ zu hören bekam.

Mit diesem Beitrag wollen wir unserer Bevölkerung in Stadt und Land die Augen über eine geschichtliche Epoche öffnen und aufzeigen, wie sich schon damals unsere Bürger nach freien Wahlen sehnten.

Unser Parteifreund Karl Dilßner, der damals gut beobachtete, lässt hiermit die historischen Tage des Juni 1953 deutlich an uns vorüberziehen und gedenkt dabei der mutigen Männer und Frauen dieses Arbeiteraufstandes gegen das kommunistische Terrorregime.

---

\* bearbeitete Fassung von Sebastian Friese (Juni 2003)

## Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in Halberstadt

Mit den Schauprozessen in fast allen Bezirksstädten der DDR gegen sozialdemokratische Wirtschaftsfunktionäre sollten die restlichen losen Verbindungen der sozialdemokratischen Genossen untereinander zerstört werden.

In Halberstadt begann der Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ mit den Prozessen gegen die Sozialdemokraten in der Leitung der Konsumgenossenschaft (Schauprozess), dem VEB Fleischwarenwerk (vorm. Heine & Co.), der Spirituosenfabrik (vorm. Lindemann & Co.).

Wie im Prozess gegen Mitglieder der Landesregierung Sachsen-Anhalts, bei dem es hieß:

„ ... werden angeklagt in der Zeit seit September 1945, fortgesetzt als Täter handelnd, in Sabotageabsicht die wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Selbstverwaltungsorgane durchkreuzt zu haben, wodurch dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und dem Vermögen des deutschen Volkes schwerster Schaden entstanden ist.“

- Verstoß gemäß Befehl 160 der SMAD -

Genau so hieß es in der Anklageschrift im Verfahren gegen sozialdemokratische Leiter der Konsumgenossenschaft Halberstadt lakonisch:

„ ... werden angeklagt, in Halberstadt in der Zeit vom Frühjahr bis September 1950 gemeinschaftlich handelnd, Sabotageakte, die den Abbruch der wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Selbstverwaltungsorgane bezweckte, begangen zu haben.“

- Verstoß gemäß Befehl 160 der SMAD -

Daran schlossen sich Parteiausschlüsse, Parteistrafen, Amtsenthebungen und andere diskriminierende Maßnahmen an, deren Höhepunkt die Kampagne gegen den Sozialdemokratischen Oberbürgermeister Erich Bordach bildete. Betroffene bei all diesen Prozessen waren die Sozialdemokraten Dilßner, Fransewitz, Horenburg, Ziegler und Otto Bollmann.

Schließlich wurden die letzten sozialdemokratisch orientierten Wirtschaftsfunktionäre öffentlich verleumdet und mit Hilfe einer Rufmordserie aus ihren Ämtern und Dienststellen entfernt, wie die Genossen Otto

Schmidt, Reinhold Eitz, Fritz Wendel und Paul Wille. Sie leiteten bisher einwandfrei das Kommunalwirtschaftsunternehmen, das Amt für Arbeit, das Arbeitsgericht und das Stadtbauamt.

Viele dieser „entmachteten“ bewährten Genossen der SPD aus der Zeit der Weimarer Republik, die das dritte Reich standhaft überlebt hatten und nach dem 8. April 1945 Männer der „ersten Stunde“ waren, zogen sich ins Privatleben zurück und verdienten ihren Lebensunterhalt als gute Facharbeiter in der sich in Halberstadt erholenden Industrie.

Nachdem sich die SED von diesen kritischen Menschen „befreit“ hatte, in den Nachbarkreisen war das nicht anders, ging sie daran selbstherrlich zu regieren.

Mit Walter Ulbricht an der Spitze der Partei und einem nunmehr willfährigen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl regierte es sich nun leichter. Kein Wunder, dass das ZK der SED und die Regierung Grotewohl, Maßnahmen, Verordnungen und Beschlüsse durchsetzte die dem Volkswillen zuwider liefen.

Die Parole: „Erst mehr arbeiten, dann mehr essen“, hämmerte man den Arbeitern ein, während die Regierenden an den Fleischtöpfen saßen. Es war ein offenes Geheimnis, dass sowohl Walter Ulbricht, vor allem aber Otto Grotewohl von Halberstadt aus mit „beladenem“ PKW ihre Heimreise nach Berlin antraten, während man die Beschäftigten der Venag (vorm. Heine & Co.) beim Verlassen des Betriebes zum Feierabend „filzte“.

Gerade diesem Betrieb sagte man von Parteiseite nach, „dass er seit der 1. Parteikonferenz des Stadtkreises Halberstadt im Februar 1949, eine der schlechtesten Parteibetriebsgruppen habe, Frauenwerbung vernachlässige, schlechte Schulungsarbeit leiste und die „Schumacher-Tendenzen“ nicht erfolgreich bekämpfen würde.“

Seitens der Parteiführung vernahm man nicht die murrenden Frauen vor den HO-Geschäften und die Flüsterparolen in den Friseurläden und vor allem beim 1. Mai Umzug im Jahr 1952/53.

Leise hörte man: „Der Spitzbart muss weg!“ Hatte die Partei nicht mehr das „Ohr an der Masse“?

Zu aller Überraschung veröffentlichte die „Volksstimme“ vom 30. Mai unter dieser Überschrift folgendes:

Erhöhung der Arbeitsnorm – ein bedeutender Schritt auf dem Weg der Steigerung der Arbeitsproduktivität

Kommunique über die Sitzung des Ministerrates am 28. Mai 1953

Berlin(ADN) Das Presseamt beim Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik teilt mit: In der am Donnerstag, dem 28. Mai 1953, unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl stattgefundenen Sitzung ist der Ministerrat dem von breiten Kreisen der Werktätigen ausgedrückten Wünschen nach genereller Überprüfung und Erhöhung der Arbeitsnormen nachgekommen und hat Maßnahmen beschlossen, durch welche die Arbeitsnormen mit den Erfordernissen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten in Übereinstimmung gebracht werden sollen. Im Rahmen dieser Maßnahmen ist das Ziel gesetzt, bis zum 30. Juni 1953 zunächst eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen im Durchschnitt um mindestens zehn Prozent sicherzustellen.“

Und weiter heißt es darin: “Entsprechend dem Beschluss des Ministerrates haben die zuständigen Ministerien und Staatssekretariate für jeden Betrieb Kennziffern für die Erhöhung der Arbeitsnormen festzulegen, die von den Werktätigen für die Betriebsabteilungen des jeweiligen Werkes aufzuteilen sind. In Übereinstimmung mit den Zentralvorständen der entsprechenden Gewerkschaften haben die zuständigen Minister und Staatssekretäre sofort die allgemeine Überprüfung der Arbeitsnormen für die ihnen unterstehenden Betriebe anzuordnen. Die Betriebsleiter haben die Überprüfung der Arbeitsnormen in ihren Betrieben bis zum 3. Juni 1953 zu veranlassen ... . Der Ministerrat beschloss ferner die Bewilligung von Lebensmittelkarten ab 1. Juli 1953 an einen großen Teil derjenigen Personen, die nach der Verordnung vom 9. April 1953 vom Bezug der Lebensmittelkarten ausgeschlossen waren.“

Außer diesen befohlenen Normerhöhungen wurden Tage danach weitere Einschränkungen beschlossen, die viele Einwohner veranlassten die DDR illegal zu verlassen. So wurde den Privatbetrieben verboten Kredite aufzunehmen, Strafen verhängt, wenn Steuerrückstände entstanden waren.

Viele Privatgeschäfte wurden geschlossen, der private Handel eingeschränkt.

Die Bauern wurden mit schwindelerregend hohen Steuern belegt, die ihnen die Existenzgrundlage raubten. Die Zahl der Republikfluchten stieg rapide an. Westdeutschen Künstlern wurde das Auftreten in der DDR untersagt. Die Tätigkeit von jungen Leuten in der „Jungen Gemeinde“ in den Kirchen behindert. Die betreffenden Jugendlichen wurden von den höheren Schulen verwiesen, Lehrer gekündigt, Exmatrikulationen ausgesprochen. Viele Verdächtige, „Republikfeinde“ wurden verhaftet, verurteilt und eingesperrt.

Ferner wurden viele soziale Härten verordnet, wie:

- Preiserhöhung für Marmelade
- Fahrpreisermäßigungen für Arbeiterrückfahrkarten und für Schüler und Studenten wurden annulliert
- Der Bezug von Lebensmittelkarten für Selbstständige wurde gestrichen

Alles Maßnahmen, die das Fass zum überlaufen brachten.

In der Presse vom 12. Juni 1953 wurde dann vieles widerrufen. In der „Volksstimme“, 7. Jahrgang, Nr. 133 lesen wir:

„Das seitens der SED und des Regierung der DDR in der Vergangenheit eine Reihe von Fehlern begangen wurde, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben...“

Diese zugegebenen Fehler wurden teilweise durch neue Beschlüsse revidiert. So wurden Enteignungen von Landwirtschaftsbetrieben rückgängig gemacht, zurückgekehrten Republikflüchtlern wurde ihr Eigentum zu-

gesichert. Man versicherte die Frage der Aufenthaltsgenehmigung für Westdeutsche neu zu regeln.

Weiterhin plante man Schüler, die wegen ihrer Tätigkeit in der „Jungen Gemeinde“ von der Schule geflogen waren wieder zum Unterricht zu lassen und ausgesprochene Kündigungen gegen Lehrer zurück zu nehmen. Wichtig war auch die Absicht Verurteilte, die wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums zu 1 bis 3 Jahren Haft verurteilt worden waren sofort zu entlassen. Die wichtigste Information des Artikels war jedoch die Rücknahme aller Preiserhöhungen auf Lebensmittel Gebrauchsgüter und Fahrkarten. Kein Wort fiel von Rücknahme der Normerhöhung.

Die Empörung über die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“, wie man das auf der Kreispartei-schule der SED nur auf die Kapitalisten anwandte, war bei den Bau- und Industriearbeitern zunehmend angewachsen. Es wirkte sich im VEB Maschinenbau Halberstadt auch auf die Metallarbeiter aus. Hier war die volkseigene Bau-Union mit zahlreichen Bauarbeitern sehr rührig und politisch aktiv.

Das Wörtchen „Arbeitnormen“ war in aller Munde. Im Rundfunk hörte man von den Berliner Bauarbeitern, von Arbeitsniederlegungen und Menschen, die zum Aufstand aufriefen. Täglich wurde über Streik getuschelt, nicht laut gesprochen. An den Werkbänken sprach man von Solidaritätsmaßnahmen. Noch war alles ruhig, die Drehmaschinen surrten wie an jedem Werktag, aber es lag etwas in der Luft.

16. Juni 1953

Jeder wartete auf neue Meldungen. Dann war es soweit. Im Rundfunk wurde es amtlich, was vorher Berlinbesucher mitgebracht hatte: „In Berlin geht es hoch her“, sagte ein Eisenbahner, ein Reisebegleiter und Fahrkartenkontrolleur nach seiner Rückkehr. Jeder erwartete die Feierabendsirene, um Neues mit dem Radio zu empfangen.

17. Juni 1953

„In Berlin wird gestreikt!“ hallte es durch die Werkhalle 104. „Die Bauarbeiter sind gegen Normerhöhung.“ Einer holte ein Blatt aus der Tasche und las laut vor, dass die Berliner Arbeiter Solidarität und Hilfe bräuchten, um ihre Forderungen durchzusetzen. Jetzt war uns klar, die Rücknahme der arbeiterfeindlichen Gesetze und Verordnungen kamen zu spät.

Erste Rufe wurden laut und pflanzten sich fort: „Freie Wahlen!“

Wieder wurde sehnsüchtig der Feierabend erwartet. Was bringt die 17 Uhr Nachrichtensendung?

Ja, es wird bestätigt. Berliner Arbeiter sind auf dem Marsch! Das Radio wird manipuliert. Es wird zensiert, aber Wortfetzen dringen trotzdem durch:

„Reiht euch ein! Der Spitzbart muss weg! Normen runter! Keine Gewalt!“

Die Nervosität wächst. Mein Nachbar läutet und berichtet aufgeregt über das Gehörte. Es wird überall das Radio abgehört, gelauscht, Vermutungen angestellt. Aber was tun, weit weg vom Schuss?

18. Juni 1953

Die Straßenbahn bringt Arbeitskollegen wie gewohnt pünktlich. Radfahrer radeln wie immer auf dem Fahrdamm, da die Radwege wegen ihres Zustandes nicht ihren Namen verdienen und außerdem voller Schutt liegen. Ich lege einen Schritt zu. Der Erwartungsdruck steigt. Gespannte Gesichter beim Betriebsschutz. „Morjn“. „Morgen“ ist die Antwort. Kurz und bündig!

Die Arbeitsplätze sind wie immer besetzt, aber jedem merkt man an, dass er etwas auf den Lippen hat.

Von hinten hört man die Worte „Berlin, Berlin“. Gespannte Ruhe in Werkhalle 104. Gegen halb Acht geht es von Mund zu Mund:

“Acht Uhr Betriebsversammlung in der Halle 104!“

Wir Konstrukteure von der TV sind rechtzeitig da. Von überall, durch alle Türen drängen die Arbeiter in den Versammlungsraum. Um die Maschinen schieben sich die Kollegen nach vorn zum Bohrwerk. Da springt ein junger Bauarbeiter auf ein Brett, das auf das Drehmaschinenbett gelegt worden war, um die Maschine nicht zu beschmutzen bzw. nicht zu beschädigen:

„Kollegen, Kollegen!

Das Maß ist voll! Wir wollen keine Normerhöhung befohlen haben! Wir wollen Mitspracherecht, eine arbeiterfreundliche Gesetzgebung! Kollegen! In Berlin wird gestreikt. Wollen wir feige sein, den Berlinern in den Rücken fallen? Uns trifft es genau wie sie. Wir brauchen eine Streikleitung! Wer ist bereit zu kämpfen?“

Drei, vier Bauarbeiter melden sich. Die Maschinenbauer sind noch zurückhaltend. Oben auf dem Balkon geht die Tür auf. Der Produktionsleiter Echterhoff tritt ans Geländer. Er setzt zum Reden an.

Die ersten Pfiffe ertönen. Seine Worte gehen in Buhrufen unter. Einige rufen: „Aufhören! Abtreten!“ Andere rufen „Streik! Generalstreik!“

Auf die Drehmaschine klettert ein SED-Funktionär und fragte, laut über die Menge schreiend: „Wer seid ihr denn überhaupt? Ich kenne euch nicht.“

Ein Arbeiter springt auf die Bohrwerksplatte: „Arbeiter sind wir. DDR-Bauarbeiter, schon seit ein paar Wochen hier im Betrieb tätig. Wir sind von der Bau-Union.“

Der „Herr Funktionär“ tritt ab. „Streik! Freie Wahlen!“ Schallte es aus den Hunderten von Kehlen durch die Halle. Volkes Wille aber scheute die herrschende SED. Seit der Zwangsvereinigung der SPD in die SED stützte die Partei ihre Macht auf die Bajonette der Roten Armee und suchte ihr Heil im Studium der „Geschichte der KPdSU (B)“, ein Buch das jeder studieren sollte oder musste.

Der Streikführer springt wieder auf die Maschine: „Kollegen! Nichts zerstören! Nichts zerschlagen! Das ist unser Volkseigentum! Aber wir wollen freie Wahlen! Wer ist für Streik?“

Da steigt der junge Werkschutzleiter, auch Mitglied der Streikleitung auf einen Schemel: „Kollegen! Haltet Disziplin! Geht nach Hause! Morgen um diese Zeit treffen wir uns wieder. Wir nehmen Kontakt mit den anderen Streikleitungen auf.“

Die Versammlung löste sich langsam auf. In kleinen Gruppen verlassen die Streikenden die Halle. Auf dem Betonfußboden liegen eine Menge SED-Parteiabzeichen herum. Sie werden belächelt und zertreten. Einer macht den anderen auf diese Art des Abschieds von der SED aufmerksam. Ja, ja, Abzeichenträger gab es da nicht mehr! Ich ging nach Hause und von da aus mit meiner Familie zur Innenstadt. Auf allen Straßen standen diskutierende Menschen. Viele zog es zum Zentrum.

Auf dem Fischmarkt begegnete ich unserem stellvertretenden BGL-Vorsitzenden. Er klagte mir sein Leid, gerade an diesem Tag seinen Vorsitzenden vertreten zu müssen, wo er doch auch für den Streik und freie Wahlen sei. Ich beruhigte ihn damit, dass nur die Kollegen V. und C. gegen den Streik gestimmt hätten und sie keine Arbeiter, sondern Angestellte seien.

Immer mehr Streikende kommen zum Fischmarkt, der sie nicht alle fassen kann. Papptafeln werden hochgehalten. „Freie Wahlen“, Klatschen ringsum. Eine andere Tafel sagt: „Der Spitzbart muss weg!“

Die Stimmung ist gespannt, aber optimistisch. Die Menschen scheinen frohgestimmt.

Gegen 15 Uhr poltert es von Osten her durch den Breiten Weg. Als das Geräusch näher kommt erkenne ich sowjetische Fahrzeuge. Es sind Feldhaubitzen und Mannschaftswagen. Mir wurde bange, denn immer mehr Menschen drängen zum Fischmarkt. Streikende mit ihren Familien hatten sich hier spontan eingefunden. Zögernd macht die Menge Platz. Ich erkannte Angehörige des RAW, vom Fleischwarenwerk, vom Metallbau, von

Graepel, von der Zuckerfabrik und der Schlauchfabrik Kux und vielen anderen kleinen Betrieben und Werkstätten. Viele die sich kannten, drückten sich voller Freude die Hände. Es mutete an, wie beim Generalstreik, den die Geschäfte hatten ihre Rollläden herunter gelassen und die Besitzer standen vor den Geschäften.

Da ein Schuss. Offenbar ein Warnschuss, der die Auflösung der Menschenansammlung bewirken sollte, denn nun ging jeder in Deckung und suchte Sicherheit. Der Fischmarkt leerte sich nach allen Seiten. Auch ich zog mit meiner Familie heimwärts. Mit den Rotarmisten und den GPU- und Stasileuten wollte keiner Bekanntschaft machen. Als ich am Werktor vorbeikam war alles still. Nur der Kollege vom Betriebsschutz stand vor dem Tor. Ein Schlosser kam auf mich zu: „Was meinst´n, soll ich mein Parteibuch abgeben? „Behalts bis morgen. In der Stadt haben die Russen Kanonen aufgefahren. Behalts vorerst, wegen deiner Sicherheit. Ich traue dem Feind nicht.“

Er nickte zustimmend und grollte dennoch: „Aber die Schnauze hab ich voll von der SED.“ „Wem sagst du das“, antwortete ich. „Ich wurde 1951 wegen Sabotage verurteilt und aus der Partei ausgeschlossen.“ „Ich weiß, deshalb habe ich dich ja gefragt.“

Wieder daheim angekommen, ließ ich das Radio ununterbrochen spielen. Ab und zu kamen Nachrichten aus Ostberlin, aber auch vom RIAS oder WDR. Der DDR-Rundfunk schwieg. Aus Angst oder aus taktischen Gründen? Was wird der nächst Tag bringen, ging es mir durch den Kopf.

19. Juni 1953

Rechtzeitig war ich morgens im Betrieb. Kein SED-Genosse war anzutreffen. Sie waren untergetaucht. Angst? Die zertretenen Parteiabzeichen der SED lagen noch vom Vortag auf dem Betonfußboden herum. Da ich parteilos war, den Grund dafür wussten einige vom Schauprozess her, den man mir im Jahre 1950 gemacht hatte, wurde ich nun oft mit der Frage bestürmt, ob es richtig sei das Parteibuch der SED hinzuwerfen.

Jetzt war ich mir unsicher. Einerseits war die Absicht ehrlich, konsequent und ehrenwert, andererseits hatte ich die Kanonen am Fischmarkt vor Augen und dachte an die schwerbewaffneten Soldaten der Sowjetarmee, die durch die Innenstadt patrouillierten. Ich riet zur Vorsicht: „Behalte es. Sicher ist sicher, wenn wir auch anders denken als die Kommunisten. Oder du musst mit dem Schlimmsten rechnen. Ich kenne die Keller in der „Pankrath'schen Villa“, dem Stasiquartier in der Richard-Wagner-Straße. Ich habe fünf Tage und Nächte dort verbringen müssen. Die wünsche ich keinem und möchte sie euch ersparen!“

Pünktlich acht Uhr kletterten die Kollegen der Streikleitung, insgesamt fünf Männer, drei Bauarbeiter und zwei Angehörige des VEB Maschinenbau auf den Aufspanntisch des Plattenbohrwerks, an dem Rudi Trier, ein Oppositioneller, normalerweise arbeiten müsste.

„Kollegen! Wir haben Kontakt mit den anderen Streikleitungen der Betriebe unserer Stadt gehabt, waren gemeinsam beim Ratsvorsitzenden Georg Heer, der mit uns vernünftigerweise verhandelte. Er bat uns Ausschreitungen zu unterbinden und zeigte Verständnis für unsere Forderungen. Unser Ziel ist: Freie Wahlen in der DDR.“

Beifall brandete auf und man sah ringsum fröhliche Gesichter, die hoffnungsvoll in die Zukunft blickten. Auch ich war guter Dinge, obwohl mir die russischen Soldaten Sorgen bereiteten. Da ging das große Eisentor an der Ostseite der Halle 104 auf. Ich erkenne den Leiter der Berufsfeuerwehr Halberstadts, die noch in den Garagen des ehemaligen Junkersbetriebes untergebracht war. Ich war entsetzt, als ich an seiner Seite einen sowjetischen Offizier und sechs Rotarmisten erblickte. Der Feuerwehrhauptmann bahnte sich eine Gasse durch die Streikenden, ging auf das Bohrwerk zu und zeigte mit der Hand zu den Streikführern. Die umstehenden Kollegen standen wie gelähmt da. Die bewaffneten Rotarmisten zogen vier Männer vom Maschinentisch, verdrehten ihnen die Arme auf dem Rücken und führen sie aus der Halle. Der Feuerwehrchef hatte seine „Aufgabe“ als SED-Genosse erfüllt. Ich beeilte mich hinterher zu laufen, um zu sehen, was mit unseren Kollegen passierte.

Vor dem Werkstor in der Rudolf-Diesel-Straße hielt ein Militär-LKW, auf den die vier Männer hinaufgezogen worden. Nach allen Seiten verließen die Streikenden die Halle. Jeder wusste, dass dies das Ende der Erhebung war.

Ich lief schnell nach Hause und von da aus in die Innenstadt. Unterwegs traf ich viele Bekannte mit ernsten Mienen. Warum auch nicht? Jetzt traf ich auch wieder Passanten mit dem Parteiabzeichen der SED. Am Fischmarkt sprach mich solch politischer Feigling an:

„Morgen früh geht die Arbeit wieder weiter. Die Partei- und Staatsfeinde sind hinter Gittern.“ In mir kochte es. Ich brachte kein Wort heraus, wandte mich schnell ab und konnte nur sagen: „Muss noch einkaufen.“

Zwei Tage Streik für freie Wahlen waren vorbei! Es gab keine Hilfe von den „Brüdern und Schwestern“ aus Westdeutschland. Von dort hörte man im Rundfunk nur Sensationsmeldungen von den Ereignissen in der DDR, dazwischen aber auch Bedauern über die Niederlage der Arbeiter.

Der Arbeiteraufstand ohne Führung von politischer und gewerkschaftlicher Seite war zusammengebrochen, mit militärischer Gewalt der Besatzungsmacht und ihren kommunistischen Helfern unterdrückt.

In den folgenden Wochen klopfen mir mehrere Kollegen auf die Schulter: „Karl, du warst meine Rettung mit dem Parteibuch. Wer weiß, was man heute mit mir angestellt hätte und wo ich wäre!“

Wir blieben in den folgenden Jahren offene und ehrliche Freunde. Nachdem die Sowjetarmee die Arbeiter wieder zur Raison gebracht hatte, kamen die „verängstigten Parteifunktionäre“, die sich ein paar Tage versteckt hatten, wieder ans Tageslicht. Sowohl im Betrieb, als auch auf den Straßen trugen sie selbstbewusst und demonstrativ ihr Parteiabzeichen. In der Stadt und im Betrieb wurden Handzettel verteilt, auf denen man erklärte, dass die Regierung der DDR eine Wende vollzogen hätte und jeder seine Arbeit wieder aufnehmen sollte.

Unterschriften:

Kreisleitung der SED, gez. Schneider, 1. Sekretär  
Rat des Kreises Halberstadt, gez. Heer, Vorsitzender  
FDGB Halberstadt, gez. Klehm, Gebietssekretär

Voller Spannung wurde nach dem 20. Juni jede Ausgabe der „Volksstimme“ gelesen. Am 24. Juni 1953 war die Zeitung voll des Lobes über Werktätige, die den „faschistischen Provokateuren“ eine Lektion erteilt haben. So die Überschriften:

- Freude über Beschlüsse des ZK und der Regierung
- 102 Privatunternehmer erhielten ihr Eigentum zurück
- Eisenbahner kämpften gegen faschistische Provokateure
- Reuters Hoffnungen zerrannen in ein Nichts
- Sowjetische Truppen verhinderten neuen Weltbrand
- Oberspion Gehlen und die Dollarmillionen

Die Ereignisse des 17. Juni hielten uns lange im Bann. Was wir tun konnten, hieß: Solidarität üben! Über Wochen hinaus wurde im VEB Maschinenbau Geld gesammelt. Größte Aktivität entwickelten dabei, und das soll nicht vergessen werden, die Kolleginnen Rosel Mantey und Ursel Rakey, beide aus der Abteilung Technologie. Hunderte von Mark übergaben sie den Ehefrauen der eingekerkerten Streikleitungsmitglieder, die alleamt außerhalb Halberstadts eingesperrt worden waren. Über ihren Verbleib erfuhren wir in den folgenden Jahren nichts. Es dauerte Wochen, ehe sich die Gemüter beruhigt hatten. Allein die wöchentliche Solidaritätsversammlung erinnerte uns an die brutale Niederschlagung der Arbeiterrebellion.

Bei einem Werkstattrundgang, bei dem ich die Stimmung nach der gewaltsamen Unterdrückung auslotete, begegnete ich dem Schlosser K.W., der mir, erst etwas zögerlich, dann doch mit zunehmend heiterer Miene die Hand drückte. Er zog mich mit aus der Werkhalle und berichtete mir in aller Ausführlichkeit von seinen Erlebnissen während der Streiktage.

Er sprach etwas stockend, was ich von ihm nicht gewohnt war. Aber bald kam ich dahinter, was ihn bewegte und was er mir anvertrauen wollte. Es war am letzten Streiktag, an dem die Streikleitung verhaftet worden war. Er lief mit seinem Freund, unserem Schmied O. Sch. am Fischmarkt vorbei in Richtung Bahnhof, um nach Hause, nach Badersleben zu fahren. Unterwegs traf er einen Kumpel aus seinem Ort, einen Dreher aus dem Landmaschinenbau Halberstadt. Am Bahnhof angekommen, stießen sie auf einen weiteren Dorfbewohner, der ebenfalls zum Zug wollte. Es waren sogenannte Pendler, die täglich mit der Eisenbahn nach Halberstadt zur Arbeit fahren. Bis zur Arbeit hatten sie noch Zeit zum Klönen. Der Zug fuhr kurz nach 13 Uhr. Auf dem Bahnsteig gesellte sich ein weiterer Baderslebener zu ihnen. Er arbeitete als Maurerpolier bei der Bahn, hatte aber ein paar Wochen Arbeit in Bonn hinter sich, um etwas an harter D-Mark zu verdienen. Vor allem der letztere wusste viel Neues, Unbekanntes zu erzählen. Als sie in ihrem Ort ausstiegen, fiel ihnen auf, dass es im gegenüberliegenden Betrieb nach Arbeit klang. Sie gingen dorthin und blickten durch eine zerbrochene Fensterscheibe in die Werkstatt. In der Werkstatt war es entgegen der vorherigen Annahme ruhig. Nur ein älterer Mann spleißte Drahtseile. Sie gingen zum Werkstatthof, auf dem sich mehrere Arbeiter mit alten Maschinenteilen abplagten.

„Ihr arbeitet? In Halberstadt wird gestreikt.“ Sie hatten kaum das letzte Wort ausgesprochen, als sie Schritte vernahmen. „Karl, hau ab“, meinte der West-Maurer, der einen Politikkommissar auf sie zukommen sah. K.W. lief eiligst nach Hause. Am nächsten Tag wollte er wieder nach Halberstadt fahren, um zu sehen was aus der ganzen Sache geworden ist, und was weiter zu geschehen hat. Dazu kam es nicht!

Noch in der Nacht, es war kurz nach drei Uhr, als es läutete.

„Was soll das?“, fragte seine Frau schlaftrunken. Noch im Schlafanzug öffnete K.W. die Tür. Erstaunt steht Polizei vor ihm: „Mitkommen. Nur zur Protokollaufnahme!“ Mit einer trockenen Scheibe Brot und einem Schluck kaltem Kaffee folgte K.W. den beiden. Seine Frau zitterte, als sie aus dem Fenster guckte und sah, dass das Haus von bewaffneter Polizei umstellt war. Unten standen zwei PKW. In dem einen saßen die beiden Kumpel vom Vortag und er musste in den zweiten Wagen einsteigen. Bei der Fahrt

durch Huy-Neinstedt klingt es aus dem Autoradio, dass Ethel und Julius Rosenberg hingerichtet worden sind. So wurde der Tag der Verhaftung zu einem Merktag ersten Ranges. „Solche wie die seid ihr Schweine auch“, sagte der Fahrer und drehte sich dabei zu mir um. Vor dem Landgericht in Halberstadt hielten die Autos.

„Rein mit euch!“ Geschoben, mehr noch gestoßen, betraten wir den Zellenbau. Kleidung abgeben und rein in die Zelle, in der sich schon ein Verhafteter befand. Nun waren wir vier. Nachmittags hieß es wieder: „Raus mit euch, unten steht die grüne Minna!“

Vier Mann in einem Einmann-Käfig! Es wurde eine Stehfahrt, aber keiner konnte wegen der Enge umfallen. In Magdeburg empfangen sie wieder Volkspolizisten mit Bluthunden. Die Fahrt ging nach Sudenburg in die „Rote Hölle“. Im Gefängnishof standen bereits Hunderte Opfer der Razzia in den Dörfern und Städten des Bezirks Magdeburg. Erschreckend war zu sehen und zu hören, wie die Rotarmisten mit ihren Maschinenpistolen herumhantieren. Es klang gefährlich! Hier standen alle Altersklassen, von 15 bis achtzig Jahren!

Mit einer aufgestülpten Gefangenenmütze wurden die Gesichter für das Verbrecheralbum fotografiert. Danach ging es in die Zellen. Je zehn Mann in eine Einmannzelle. Das Klappbett blieb angeschlossen. Im Raum befanden sich zwei Kübel. Einer mit Trinkwasser und einer für das „kleine Bedürfnis“.

Am Abend legten sich alle zehn Inhaftierten nebeneinander auf den nackten Fußboden – aber alle nur auf der Seite liegend, damit alle „liegen“ konnten! Allabendlich gegen 24 Uhr begannen die „Vernehmungen“. Verheult und oft blutig geschlagen kamen diese Menschen zurück in die Zelle und legten sich, noch blutend, auf die Seite, um etwas Schlaf zu finden. Derweilen klapperten draußen die Schlüssel, da laufend Nachschub eintraf. Auch Halberstädter waren darunter, wie man anderntags erfuhr.

K. W. wurde, wie gesagt, am 20. Juni 1953 wahllos und grundlos verhaftet und am 28. Juni wieder auf freien Fuß gesetzt.

Es sprach sich schnell herum, was dem Einen oder Anderen widerfahren war. Die Aufregung nahm nicht ab!

Eines Tages druckste der Werkzeugschlosser O. R. herum, bis ich ihn direkt ansprach. Als ich ihm von meinem Schauprozess erzählte, bekam er Mut und offenbarte mir, dass er im Internierungslager Mühlberg a. E. eingesperrt worden war. Er schilderte mir das Leben wochenlang auf bloßer Erde liegend und seinen glücklichen Umstand, dass er lebend wieder das Lager verlassen konnte. Er nahm mir den Schwur ab, mit Niemanden darüber zu reden, da er auch so hatte schwören müssen.

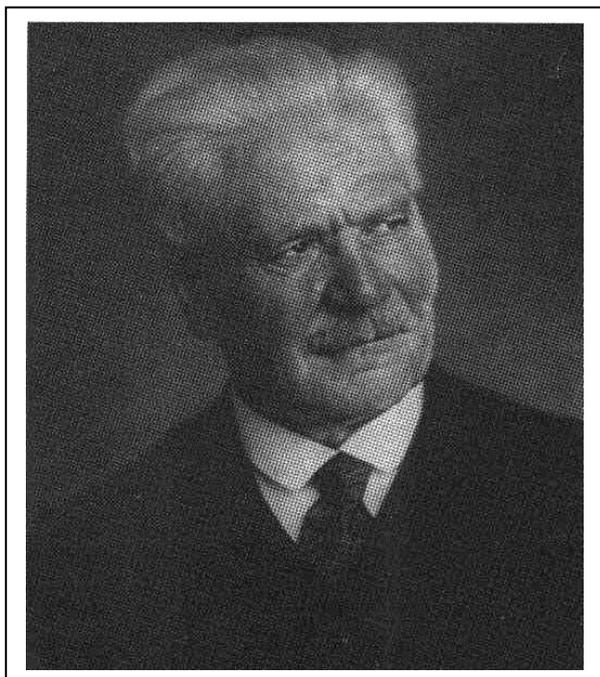
Ich hielt Wort bis zum Aufbruch zur Demokratie, die in Halberstadt mit dem „Gebet für unser Land“ in der Martinikirche begann. Jetzt habe ich mein Schweigen beendet und von unserem Otto Rüstig berichtet! Jetzt hielt es mich nicht länger, ich musste reden und so habe ich diesen Tatsachenbericht verfasst. Otto Rüstig ist nun nicht mehr unter uns Lebenden.

Mit dem niedergeschlagenen Arbeiteraufstand, der von keiner Seite unterstützt wurde, waren die folgenden Jahre der SED-Diktatur vorprogrammiert.

Karl Dilßner, 1990

Helmut Hartmann

## Heinrich Peus – ein charismatischer Politiker in Anhalt (1862 – 1937)



Im Mai 1937 konnte man in der Des-sauer Monatsschrift „Der freie Christ“ einen Artikel lesen über den Tod eines „alten Vertreters des Sozialismus“. Sein Name durfte nicht genannt werden. Aber jeder Leser wusste, wer gemeint war: Der Sozialdemokrat Heinrich Peus, der von 1891 bis 1933 sich leidenschaftlich für eine menschlichere Welt eingesetzt hat. Er war ein scharfer Kritiker der offiziellen Staatskirche. Unter den 400 Trauergästen, die an seiner Beerdigung teilnahmen,

waren nicht wenige Christen. Die Grabrede hielt Pfarrer Dr. Stier, der 1933 in den Ruhestand versetzt worden war. „Uns stockte der Atem“, berichtete einer von Peus engsten Mitstreitern. „Wir fürchteten, jeden Augenblick werde ein Abgesandter der Regierungspartei die Rede unterbrechen und den Redner abführen lassen.“

Auf der Todesanzeige war zu lesen:

„Gerechtigkeit forderte er, die Wahrheit suchte er, die Menschheit liebte er“

„Gerechtigkeit forderte er“

Als ältestes von 7 Kindern in der Familie eines verarmten Tischlermeisters musste er schon als Elfjähriger einen Achtstundentag absolvieren, erst als Tütenkleber, dann in einer Knopffabrik. Nur durch die finanzielle Unterstützung seitens der Familie eines Mitschülers und seitens des Gymnasiums in Wuppertal-Elberfeld konnte er das Abitur machen und anschließend in Berlin studieren. Er beschäftigte sich zunächst mit Theologie und Philosophie, dann mit Philologie und Geschichte, schließlich mit Nationalökonomie. Heinrich Peus hat es immer wieder neu betont, „dass er ein

Christentum der Brüderlichkeit wollte, eine Gemeinschaft der Liebe und des Friedens, eine Nachfolge des Jesus der Bergprediger. Gerade dieses Christentum wird von der offiziellen Kirche nicht vertreten“, so urteilt Peus. An diesem ursprünglichen „Christentum der Brüderlichkeit“ misst Peus die Parteiprogramme, auch die seiner eigenen Partei. Ihm geht es vor allem darum, die unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung zu befreien und zur aktiven Selbsthilfe zu befähigen. Peus kämpft um ein allgemeines Wahlrecht, für ein liberales Versammlungs- und Vereinsrecht, für die Pressefreiheit, für den Ausbau einer Arbeitsschutzgesetzgebung und einer Fabrikinspektion. Bereits um 1900 legte Peus Wert darauf, dass die Arbeiterbewegung eigene wirtschaftliche Unternehmungen auf genossenschaftlicher Grundlage aufbaut, z. B. Konsumvereine, Volkshäuser, Bauhütten, Spargenossenschaft, Jugendhäuser u.a. Später entwickelte er eigene Pläne für gesundes Wohnen in praktischen Häusern mit Gartenanlagen.

40 Jahre hat Peus als Abgeordneter auf verschiedenen Ebenen für seine Partei gekämpft. Im Reichstag hat er 1896 bis 1899, 1900 bis 1907, 1912 bis 1918 den Wahlkreis 8 Brandenburg-Westhavelland vertreten. 1928 bis 1930 den Wahlkreis 10 Magdeburg-Anhalt. Im Anhalter Landtag war er tätig von 1902 bis 1908 und von 1918 bis 1933, davon 10 Jahre als Landtagspräsident. Und im Dessauer Rathaus hat er von 1900 bis 1933 fast ununterbrochen als Stadtverordneter mitgearbeitet. In dieser Funktion war er maßgeblich mit daran beteiligt, dass das Bauhaus aus Weimar in Dessau ein neues Domizil erhalten konnte.

„Die Wahrheit suchte er“

Dem Toleranzgedanken der Aufklärung verpflichtet, kämpfte Peus in Versammlungen und Seminaren, durch „seine“ Zeitung „Volksblatt für Anhalt“, auf Parteitag und Parlamentssitzungen um den richtigen Weg für seine Partei. Bereits in den neunziger Jahren machte er in den „Sozialistischen Monatsheften“ auf sich aufmerksam als Vertreter des rechten Flügels der Partei. Er verteidigte Eduard Bernstein und lieferte sich Auseinandersetzungen mit August Bebel. Die Freiheit des Individuums vor geistiger Bevormundung war ihm ein hohes Gut. Er ließ sich nicht in das enge Schema eines „Marxisten“ einpassen, warnte ständig seine Parteigenos-

sen vor Intoleranz gegenüber Andersdenkenden. Er lehnte es auch ab, Kirchenaustritt als Grundvoraussetzung für einen Parteieintritt zu verlangen. Umgekehrt konnte er äußerst scharf reagieren, wenn seiner Meinung nach die Kirche unverantwortlich bei Wahlkämpfen sich einmischte; „Die evangelische Kirche sei wohl von allen Göttern verlassen und im allergrößten Teil ihrer Geistlichkeit zu einer geradezu fanatischen Gesellschaft und zur herrschsüchtigen Reaktion geworden.“

Heinrich Peus fühlte sich eng mit seiner Partei verbunden. Aber auch seine Partei muss sich immer dem Gemeinwohl unterordnen. Eine „Diktatur des Proletariats“ lehnte er entschieden ab. „Was in Russland besteht, das ist die Herrschaft einer organisierten Clique, die sich mit Gewalt zur Herrschaft gebracht hat und mit Gewalt an der Herrschaft hält.“

Für Heinrich Peus wurde die angestrebte „humanere Gesellschaft“ nicht in dem singulären Akt einer Revolution erreicht werden, sondern durch eine „Summe vieler kleinen Veränderungen“. Peus sprach vom „vollendeten Opportunismus“ und verstand darunter „eine zweckmäßige Benutzung der Realitäten zur Erreichung der eigenen Absichten.“ Sein Opportunismus verriet nicht Ziele, sondern ermöglicht ihre Verwirklichung.

Kompromissbereitschaft war für Peus kein notwendiges Übel, sondern ein „unerlässliches politisches Mittel“ auf dem Weg zum erstrebten Ziel. Dem Reformers Peus kamen in Anhalt solche sozial engagierten Arbeitgeber wie Richard Rösicke, Wilhelm Oechelhäuser und Hugo Junkers entgegen. Mit ihnen zusammen wollte Peus einen friedlichen Weg zu einer humaneren Gesellschaft gehen. Mit dieser Anschauung setzte sich Peus innerhalb der SPD von Anhalt durch. Er hat so wesentlich dazu beigetragen, dass bereits vor dem 1. Weltkrieg und dann in der Weimarer Republik eine Koalition von Linksliberalen und Sozialdemokraten fast ununterbrochen Politik machen konnte.

„Die Menschheit liebte er“

Über die erste Stadtverordnetenversammlung im Dessauer Rathaus nach Hitlers Machtantritt schreibt der „Anhalter Anzeiger“: „Erst nach der feierlichen Handlung der Einführung erschien Herr Peus als einziger Vertreter einer untergehenden Weltanschauung.“

Die Briefe des siebzigjährigen Sozialdemokraten aus dieser Zeit lassen keine Untergangsstimmung aufkommen. Im Gegenteil! „Mir tun die Menschen leid, die dem nationalen Wahn verfallen sind. Wie glücklich ich im Geiste Gandhis bin, kann ich gar nicht beschreiben. Wenn jetzt die Leiche Loepers (er war Gauleiter in Dessau!) zu öffentlicher Besichtigung ausgestellt wird, so tun mir die Aussteller wie die Besichtiger leid. So glücklich wie ich seit 1933 in meiner Armut bin, ist Loeper sicher nicht gewesen in seinem Reichtum und Glanz ...

Jeden Abend finden jetzt in Deutschland kleine Versammlungen statt, in denen die Probleme der Welt zwischen einigen wenigen Menschen erörtert werden. Der Geist wandert jetzt von Mund zu Mund. Das gedruckte Wort ist in seiner Bedeutung gewaltig gesunken ... Der heutigen Wirklichkeit bringe ich nur tiefstes Mitleid entgegen. Arme Welt! Mit Schopenhauer, Tolstoi, Albert Schweitzer und noch manchen anderen, vor allem aber mit mir selbst, trotze ich allem!“

Hier spricht nicht ein enttäuschter alter Mann, der sich in Illusionen flüchtet. Seit seiner Jugend haben Visionen von einer menschlicheren Welt sein Denken und Handeln bestimmt. „Er war ein Mann, der sein ganzes Leben lang in der gewiss nicht beneidenswerten Rolle eines Kämpfers für das Glück der unterdrückten Volksklassen verbracht hat, der Anfeindung und Verfolgung, Entehrung und Gefängnis für seine Überzeugung erduldet hat. ...“ So würdigt 1925 Pfarrer Dr. Stier Heinrich Peus. Bereits seit 1907 verband Peus seine Aktivitäten für eine „humanere“ Welt mit einer Beteiligung an der Esperanto-Bewegung für eine Weltsprache. Er schuf dafür eine Variante; genannt: „Ido“.

„Ein scheinsozialistischer Halbgott im schönen Ländle Anhalt“ spotteten Revolutionäre aus der USPD 1920 über Peus. In seiner eigenen Parte aber, in der SPD von Anhalt genoss der charismatische Politiker fast „kultische Verehrung“, und das 40 Jahre, von 1892 bis 1933!

Andreas Schmidt

## Die Wiedergründung der SPD in Dessau 1945

Mitte April 1945 besetzten britische und US-amerikanischen Truppen das Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt westlich von Elbe, Mulde und Saale. Die ostelbischen Teile der damaligen Provinz Sachsen blieben noch etwa zwei Wochen in der Hand der Nationalsozialisten. Anfang Mai wurden sie von sowjetischen Truppen besetzt. In allen Teilen auch des heutigen Landes Sachsen-Anhalt warteten kleine Gruppen von Gegnern des nationalsozialistischen Regimes auf dessen Zusammenbruch und die Möglichkeit, sich wieder legal politisch zu betätigen.

Im Westteil der alten sozialdemokratischen Hochburg Dessau trafen sich Sozialdemokraten erstmals am 28. April unter den neuen Bedingungen. Das Treffen wurde wahrscheinlich von Fritz Jungmann und Paul Verdieck initiiert.<sup>1</sup> Fritz Jungmann - Jahrgang 1894 - stammte aus Bernburg. Er gehörte seit 1913 der SPD an. 1923-1933 hatte er als Sekretär des SPD-Bezirksvorstandes Anhalt auch hauptamtlich für die Partei gearbeitet. Die Nazis verhinderten nach 1933, dass Jungmann in einem Dessauer Betrieb Arbeit erhielt. Der gelernte Installateur musste sich selbstständig machen, um den Unterhalt seiner Familie zu sichern.<sup>2</sup> Paul Verdieck wurde 1893 in Kiel geboren. Von 1909 bis 1913 war er Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend in Kiel. 1913 trat er in die SPD ein. 1918 nahm Verdieck am Kieler Matrosenaufstand teil. Als Angestellter der Volksfürsorge Anhalt kam er 1929 nach Dessau. Nach 1933 wurde er mehrfach verhaftet.<sup>3</sup>

Der Gründerkreis der Dessauer Sozialdemokraten war selbstbewusst genug, sich nicht um eine Genehmigung der Besatzungsmacht zur Wiederaufnahme der politischen Arbeit zu kümmern. Die britischen und US-amerikanischen Kommandanturen ließen in den ersten Wochen nach Kriegsende in der Regel nur überparteiliche Gewerkschaftsgründungen zu und untersagten das öffentliche Auftreten von Parteien. Um den 1. Mai herum traten die Sozialdemokraten dennoch mit einem ersten Plakat an

---

<sup>1</sup> Vgl. Rentmeister, Maria, Eine langgehegte Hoffnung ging in Erfüllung, in: Vereint sind wir alles - Erinnerungen an die Gründung der SED, hrsg. von Fanny, Rosner, Ilse Schiel, Heinz Voßke, Berlin 1966, S. 234.

<sup>2</sup> Vgl. Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, hrsg. von Andreas Herbst / Gerd-Rüdiger Stephan / Jürgen Winkler, Berlin 1997, S. 988.

<sup>3</sup> Vgl. LA Merseburg, SED-Bezirksleitung Halle, IV/8/1174, Kaderakte Paul Verdieck.

die Öffentlichkeit: Unter dem Titel „Leitsätze der Sozialdemokratischen Partei Dessau“ forderten sie die Wiederherstellung der demokratischen Republik.<sup>4</sup>

„Unerschütterlich für eine wahrhaft soziale Demokratie und eine sozialistische Gestaltung der Gesellschaft eintretend“ und unter dem Vorbehalt, dass weitergehende programmatische Grundsätze innerhalb der wiedererstehenden deutschen Sozialdemokratie insgesamt formuliert werden müssten, forderten die Dessauer Sozialdemokraten die Entnazifizierung von Wirtschaft, Verwaltung, Bildungswesen und Justiz, die Wiederherstellung demokratischer Rechte und Freiheiten für alle Bürger, „die sich voraussetzungslos zur demokratischen Republik bekennen“, den Wiederaufbau freier Gewerkschaften, die Wiederbelebung des „kulturellen Lebens im modernen demokratischen und fortschrittlichen Geist“ sowie Maßnahmen zur Herstellung von Arbeitsschutz und Sozialfürsorge im Sinn sozialer Gerechtigkeit und zum Wiederaufbau der Stadt.<sup>5</sup>

In den „Leitsätzen“ spiegelte sich das Erbe der von Heinrich Peus und Heinrich Deist geführten anhaltischen SPD der Zeit vor 1933 wieder. Parlamentarisch und volksparteilich orientiert taten die Dessauer Sozialdemokraten der Bürgerschaft ihrer Stadt kund, dass sie bereit waren, angesichts der materiellen und moralischen Katastrophe Verantwortung zu übernehmen.

Die Dessauer Kommunisten trafen sich ebenfalls Ende April 1945 erstmals im größeren Kreis. Mit dem früheren Abgeordneten des Anhaltischen Landtages Paul Kmiec lebte sich im April nur ein prominenter Funktionär der vor 1933 unbedeutenden Dessauer KPD in der Stadt. Die Gruppe um Kmiec hatte nach 1933 keinen Kontakt zur KPD-Exilleitung in Moskau gehabt. Ihr erster öffentlicher Aufruf dokumentiert, dass die Dessauer Kommunisten nahtlos an das Jahr 1933 anzuknüpfen planten.

An die „revolutionären Arbeiter“ gerichtet verkündete der Aufruf, die amerikanische Besatzungsmacht verhindere, dass die KPD an die Öffentlichkeit treten könne. Die Partei befinde sich dennoch in einer günstigen Position der Klassenauseinandersetzung. Das „revolutionäre Proletariat“

---

<sup>4</sup> Vgl. LA Magdeburg, LHA, SED-Bezirksleitung Magdeburg, II/1, Leitsätze der SPD in Dessau o.D., Bl. 21. Das Dokument ist abgedruckt in Engelmann, Horst, „... und sie reichten sich die Hände“. Die Herstellung der Aktions-einheit der Arbeiterklasse und die Gründung der SED in Dessau, Dessau 1966, S. 107f.

<sup>5</sup> Vgl. ebenda.

wisse, „dass das Ergebnis dieses gewaltigen Kampfes, dessen wichtigste Etappe wir durchschritten haben, nur mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung, des Sozialismus, und mit der Vereinigung aller europäischen Nationen im Rahmen der Sowjetunion enden wird“. Bündnisse mit anderen politischen Kräften lehnten die Dessauer Kommunisten ab. Ganz revolutionär gestimmt teilten sie mit: „Jeder Versuch, zwischen den kämpfenden Klassen zu vermitteln, verzögert die endgültige Entscheidung.“<sup>6</sup>

Das praktische Handeln des kommunistischen Gründerkreises musste sich bis zum Einzug der sowjetischen Besatzungsmacht an der weitaus nüchterneren Realität orientieren. Die US-Kommandantur war bereit, den deutschen Antifaschisten Einfluss auf die personelle Neubesetzung der Stadtverwaltung einzuräumen. Sie stützte sich dabei auf die beiden wichtigen politischen Kräfte in der Stadt, die Sozialdemokraten und die in Dessau ebenfalls starken Liberalen.

So waren die Kommunisten darauf angewiesen Verbindung zum sozialdemokratischen Gründerkreis herzustellen. Ein erstes Treffen Anfang Mai 1945 zeigte beiden Seiten lediglich, dass eine Basis weder für politische Gespräche noch für ein gemeinsames Auftreten gegenüber dem amerikanischen Stadtkommandanten bestand.

Die Sozialdemokraten arbeiteten in den folgenden Wochen bei allen anstehenden Fragen mit den Liberalen um Oberbürgermeister Fritz Hesse zusammen. Die inoffizielle Rathauskoalition unter den Bedingungen der Halblegalität nahm erkennbar das parlamentarisch-demokratische Konzept, dem beide Seiten bis 1933 gefolgt waren und das mit der Volksfrontkonzeption der Exil-KPD, von dem die Dessauer Kommunisten mittlerweile erfahren hatten, unvereinbar war.

Ein Antifa-Ausschuss kam in Dessau erst Mitte Juni 1945 zustande. Nachdem bekannt geworden war, dass Anfang Juli sowjetische Truppen auch östlich der Mulde die Besatzungsherrschaft übernehmen wollten, musste die Rathauskoalition die Kommunisten einbinden.<sup>7</sup> Man einigte sich da-

---

<sup>6</sup> Engelmann, Horst, Der Kampf der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei zur Durchsetzung der antifaschistisch-demokratischen Revolution in der Stadt Dessau (1945 bis 1949), Diss. Leipzig 1969, Dokument 2, S. 6.

<sup>7</sup> Vgl. Engelmann, Horst, „... und sie reichten sich die Hände“, Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Gründung der SED in Dessau, Dessau 1966, S. 32.

rauf, der neuen Besatzungsmacht gegenüber gemeinsam aufzutreten und die Belassung Hesses im Amt des Oberbürgermeisters vorzuschlagen. Weitergehende politische Zusammenarbeit wurde nicht vereinbart.

Mit dem Besatzungswechsel veränderte sich die Situation der SPD in Dessau grundlegend. Nunmehr bestimmten die Kommunisten den Charakter der Beziehungen zu den anderen Parteien. Der SPD-Ortsverein konnte sich nun offiziell gründen und Mitglieder werben. In den folgenden Monaten verloren die Sozialdemokraten jedoch schrittweise jeden politischen Handlungsspielraum. Die neue Besatzungsmacht ordnete zunächst die Bildung eines Blocks der Parteien an, in dem sie die eigenen Befehle als Beschlüsse der deutschen Parteien deklarieren lassen konnte. Der erste Bezirksparteitag der SPD in Anhalt am 2. September 1945 war zugleich der letzte, auf dem die Sozialdemokraten sich in relativer Eigenständigkeit versammeln konnten.<sup>8</sup>

In den folgenden Monaten mussten auch die Dessau Sozialdemokraten erkennen, dass KPD und Besatzungsmacht den Fortbestand einer eigenständigen Sozialdemokratie nicht dulden würden. Mit der Verkündung des Datums für den sogenannten Vereinigungsparteitag in Berlin Ostern 1946 stand fest: Die SPD würde, unabhängig davon, wie die Sozialdemokraten sich verhielten, nach diesem Parteitag in der Sowjetischen Besatzungszone nicht mehr legal existieren können. Der SPD blieb nicht die Wahl zwischen Zustimmung und Ablehnung zur Fusion mit der KPD. Den Sozialdemokraten blieb nur, sich zwischen dem Gang in die neue Partei oder dem Austritt und damit dem Verlust jeglicher politischer Heimat zu entscheiden. Am 30./31. März verabschiedete die Anhaltische SPD sich auf einem Bezirksparteitag von ihrer Selbständigkeit.<sup>9</sup>

Fritz Jungmann wurde 1946 auf den repräsentativen aber einflusslosen Posten des Präsidenten der Landeshandwerkskammer abgeschoben. Er floh 1950 über West-Berlin in die Bundesrepublik, Paul Verdieck gehörte dem Landessekretariat der SED bis 1950 als Sekretär für Landwirtschaft an. Aus dem Parteiapparat entfernt, wurde er 1954 verhaftet.<sup>10</sup>

---

<sup>8</sup> Vgl. „Volksblatt“, 56. Jg., Nr. 1 vom 6. September 1945.

<sup>9</sup> Vgl. LA Merseburg, SED-Bezirksleitung Halle, II/2/3/1, Bericht über den Parteitag des Bezirksverbandes Dessau der SPD am 30./31. März 1946, Bl. 180ff.

<sup>10</sup> vgl. Die SED. Geschichte. Organisation. Politik. Ein Handbuch, S. 988. und Seite 1101.

Mitte der fünfziger Jahre war das sozialdemokratische Element restlos aus der SED eliminiert. Als sich 1989 die SDP in Dessau gründete, konnte sie nicht mehr direkt an die große Tradition der anhaltischen Sozialdemokratie anknüpfen. Diese Tradition wiederzuentdecken und wachzurufen ist heute und in der Zukunft wichtige Aufgabe der sozialdemokratischen Geschichtsarbeit.

Helmut Hartmann

## Neugründung der Sozialdemokratischen Partei in Dessau nach der „Friedlichen Revolution“ 1989

Ein evangelischer Vikar organisiert die Anfänge in Dessau

Der evangelische Vikar Horst Leischner, Jahrgang 58, wurde im Sommer 1989 von seiner Landeskirche freigestellt zur Vorbereitung auf das 2. Theologische Examen. Er benutzte dafür die Bibliothek des Paulinums, einer kirchlichen Hochschule in Berlin. Dort erfuhr er, dass die Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR in Vorbereitung war. Der Gründungsaufruf wurde unter Federführung von Markus Meckel im Juli schriftlich fixiert und am 26. August zum 200. Jahrestag der Bürger- und Menschenrechtserklärung der französischen Revolution in der Berliner Golgathagemeinde einem größeren Teilnehmerkreis vorgetragen. Der Gründungsaufruf war unterschrieben von Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme.

Horst Leischner brachte diesen Gründungsaufruf schon im September nach Dessau und führte erste Gespräche darüber mit Interessenten in seiner Neubauwohnung in der Kreuzbergstraße.

In diesen Wochen wurden die Texte des Gründungsaufrufes, Statut und Kontaktadressen hundertfach in Dessau verbreitet. Auch im Dessauer Pfarrkonvent gab es intensive Gespräche. Nach Gründung der Partei zunächst als SDP am 7. Oktober 1989 in Schwante wurde in aller Öffentlichkeit auch in Dessau für diese Partei geworben.

Wie in anderen Städten der DDR wurden in Dessau Friedensgebete und Gebete um Erneuerung des Landes in den Kirchen immer bekannter und von Woche zu Woche besser besucht. Am 13.10. hatte der Kreisjugendwart Winfried Müller und Vikar Leischner zu einem Nachtgebet für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie in die Georgenkirche eingeladen. 80 Jugendliche waren gekommen. Als in den nächsten Tagen bekannt wurde, dass die Busfahrer ihre Fahrgäste zum nächsten Friedensgebet am Freitag einluden und die Bevölkerung sich immer mehr dafür interessierte, wurde der

nächste Fürbittegottesdienst in die viel größere Johanneskirche verlegt. 2000 Besucher drängelten sich in der Kirche, weitere Tausend standen draußen vor den Eingängen. Die nächsten Gebete um die Erneuerung des Landes fanden zunächst in zwei, dann in drei, schließlich in vier Kirchen zu gleicher Zeit statt und gingen anschließend in Straßendemonstrationen über, die zum Rathaus führten. Bei den Veranstaltungen in den Kirchen wie auch vor dem Rathaus konnten einzelne Bürger wie auch Vertreter von neuen Parteien und Gruppen sprechen, unter ihnen nicht wenige künftige SPD-Mitglieder, wie z.B. Angelika Storz und Lothar Biener. Horst Leischner nutzte die Gelegenheit und stellte die neugegründete SDP vor und verteilte Informationsmaterialien. Ab 25. Oktober konnten Gespräche mit SDP-Interessenten im Gemeinderaum der Kirchengemeinde Törten stattfinden. Der Gemeindegemeinderat hatte dazu sein Einverständnis gegeben. Inzwischen gab es erste Parteieintritte. Jede Woche trafen sich nun Parteimitglieder und Sympathisanten in Törten. Schon am 27. Oktober werden fünf Sprecher gewählt:

Silke Umlauf-Wallstein, Roger Voigtländer, Albrecht Anspach, Joachim Volger, Horst Leischner.

Man kann so mit gutem Recht den 27. Oktober 1989 als Gründungsdatum für die SDP Dessau bezeichnen. Es wurden Flugblätter entworfen, vervielfältigt mit Hilfe eines privaten Druckers und dann in der Stadt verteilt, besonders bei den Demonstrationen. Am 27.10. wird Horst Leischner nach einer Demonstration zur Stadtverordneten-Versammlung eingeladen, die am nächsten Tag stattfindet. Dort stellt er sich als Mitglied der SDP vor. Die „Freiheit“ berichtet am 3.11. über Horst Leischners Auftritt im Kristall-Palast und zitiert ihn:

„Der Sozialismus, den wir jahrelang erlebt haben, muss verändert, muss neu gestaltet werden. Dazu gehört für mich auch ein sozialer Friedensdienst und eine Erneuerung des Wahlgesetzes. Es ist für mich wichtig, dass jeder eine Wahlkabine benutzen muss und auch basisdemokratische Gruppen die Möglichkeit haben, Kandidaten aufzustellen. Ich kenne viele Genossen, die ganz aktiv für dieses Land arbeiten. Ich denke, jetzt zählt nicht mehr das Mitgliedsbuch, jetzt zählt die persönliche Überzeugung, die jeder Genosse engagiert vertritt.“

Aus den Bezirkstädten Magdeburg, Halle, Leipzig, aus der Hauptstadt Berlin tauchten offene Briefe, Gründungsaufrufe für neue Parteien und Bürgerbewegungen auf. Ein Wort von Willy Brandt weckte große Hoffnungen:

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört!“

Auch in Dessau werden Flugblätter erstellt, Eingaben gemacht und Proteste formuliert. Ein dringender Appell der SDP und des Neuen Forums wendete sich am 9. November an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau: „Wir bitten euch dringend: Verlasst nicht das Land! Wer weggeht, gefährdet unseren Neuanfang. Jetzt wird jeder gebraucht!“

Ein paar Tage vorher, am 4. November beschloss die Landessynode der Kirche Anhalts eine Erklärung, in der es u.a. hieß: „Die Landessynode unterstützt alle Bemühungen, Reformen in Staat und Politik Wirtschaft, Kultur und im Umgang mit unserer Natur durchzuführen. Die Landessynode setzt auf neues Vertrauen durch Offenheit, Gerechtigkeit und sichtbaren Wandel. Sie erkennt die Berechtigung der Bürgerrechtsbewegungen, Initiativen und unterschiedlichen Gruppen an, deren Ziel es ist, die DDR so umzugestalten, dass sie zu einem Zuhause für die Menschen wird, die hier leben und bleiben wollen. ....“

In diesen Tagen lässt eine Erklärung der SDP Dessau zur gegenwärtigen Situation, unterschrieben von Joachim Volger, einem der 5 Sprecher, aufgehören.

Es werden gefordert:

1. Parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität im Sinne des Vorhandenseins einer Opposition.
2. Schaffung einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft mit demokratischer Kontrolle ökonomischer Macht.
3. Recht auf freie Gewerkschaften sowie Rechtsschutz im Falle notwendiger Streiks als letztes und unter Umständen einziges Mittel zur Darstellung der Interessen der Werktätigen gegenüber den Betriebsleitungen

Am 9. November stellt die SDP Dessau als Sozialdemokratische Partei in der DDR einen Antrag an den Rat der Stadt Dessau betr. Zulassung der SDP in Dessau. Nach einer Demonstration im November übergibt die Oberbürgermeisterin Retzke die Gründungs- bzw. Zulassungsurkunde auf dem Markt Herrn Leischner als einem der Sprecher der SDP.

In Magdeburg wird am 18. November der Regionalverband Magdeburg der SDP gegründet. In Halle erfolgte die Gründung der SDP wie in Dessau am 27. Oktober. Dessau gehört also zu den Städten, in denen sich schon sehr früh die SDP auf Ortsebene bildete.

Als sich der Landesverband Sachsen Anhalt der SPD auf dem ersten ordentlichen Landesparteitag in Quedlinburg am 25. August 1990 gründete, gab es in Sachsen- Anhalt bereits 233 Ortsvereine in 40 Kreisverbänden, die später zu 24 Kreis- und Stadtverbände umorganisiert wurden.

Die einzelnen Ortsvereine entstanden im Januar 1990. Bei der Gründungsversammlung im kirchlichen Gemeinderaum in Alten am 16.10.1990 waren 44 Frauen und Männer anwesend. Bei der Gründungsversammlung in Ziebigk in der Schule waren maßgeblich beteiligt die Sozialdemokraten Otto, Sachse und Anspach, so erinnert sich Karl Elze. Ähnlich wird es sich in den anderen Stadtteilen ereignet haben.

Die SPD von Ludwigshafen hilft der SDP von Dessau

In einem Brief aus der Partnerstadt Ludwigshafen vom 28. November 1989 bietet der Bürgermeister Rainer Rund seine Hilfe an: „Sehr geehrter, lieber Herr Leischner, wie ich erfahren habe, organisieren Sie ein Büro der SDP in Dessau. Als Vorsitzender der hiesigen SPD erlaube ich mir die Anfrage, wie unsere Parteiorganisation Ihnen behilflich sein kann? ...“

Das Angebot wird von den Dessauern gern angenommen. Vom 13.-15. Dezember reist die erste SDP-Delegation aus Dessau nach Ludwigshafen. Man lernt sich kennen, man informiert sich gegenseitig über die konkreten Situationen in Ost und West. Wünsche für die Einrichtung eines ar-

beitsfähigen Büros in Dessau werden gehört und konkrete Maßnahmen festgelegt.

In den nächsten Wochen werden nach Dessau geliefert: Schreibmaschinen, Kopierer, Papierschneidegerät, Leitzordner, Schreibpapier, Schreibblöcke, Folien, Textmarker, Kugelschreiber und was sonst noch zu einer Büroausstattung gehört. Im Januar 90 folgen noch eine komplette Druckeinrichtung, ein Roto-Druck, ein Foliengerät. Dazu kommen Aufkleber, Wand- und Taschenkalender, schließlich Plakatständer für den Wahlkampf und diverses Wahlmaterial wie Aufkleber, Leim und Quasten zum Plakatieren, eine SPD-Fahne, Diktiergerät, Papierrüttler, elektrische Rechenmaschine.

Bei einem Treffen von Sozialdemokraten aus Ludwigshafen und Dessau in Dessau am 21.12.1989 geht es in erster Linie um inhaltliche Fragen: Parteiplanung, Wahlkampf, Erfahrungen aus der Vergangenheit, Kommunalpolitik, Soziale Marktwirtschaft, Vaterland, Name der Partei SDP oder SPD.

Das zuletzt genannte Problem hat in Dessau eine besondere Rolle gespielt, vielleicht unter dem Einfluss der Ludwigshafener. Im Vorgriff auf die landesweite Namensänderung hat sich die Dessauer Sozialdemokratische Partei bereits ab 10. Januar zur gesamtdeutschen SPD bekannt. Bereits am 12.01.90 gibt sie das im SPD-Mitteilungsblatt „Konkret“ bekannt. Konkret erscheint seit 27.11.1989. Am Abend werden die Demonstranten darüber informiert. Ende November hat bei den Demonstrationen im ganzen Land die Losung: „Wir sind ein Volk“ die erste Losung: „Wir sind das Volk“ verdrängt. Die BRD-Fahnen verdrängen immer mehr die Kerzen. Dieser Stimmung schließen sich auch die Sozialdemokraten in Dessau an, nicht erst im Januar. Bereits am 07.12.1989 hat Dr. W. Schöll zum Thema „Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ eine Stellungnahme erarbeitet, die aber nicht veröffentlicht werden konnte. Roger Voigtländer und Joachim Volger haben einige Wochen später, am 28.12.1989 mit der Lokalredaktion der „Freiheit“ über Möglichkeiten objektiver Berichterstattung über die Ziele der Sozialdemokraten verhandelt.

Am 13.01.1990 wird auf einer Versammlung des Stadtverbandes der SPD in

Törten ein Vorstand gewählt, der die 5 Sprecher ablöst. Als Wahlleiter fungierte Horst Leischner. Er wurde in dieser Funktion von dem erfahrenen Dr. Siegfried unterstützt. Zum ersten Vorsitzenden im Vorstand wurde H.-G. Otto gewählt.

Der Vikar Horst Leischner musste sich im Januar 1990 aus der politischen Arbeit zurückziehen, weil er im Rahmen seiner Ausbildung das Predigerseminar in Gnadau absolvierte. Der Stadtverband Dessau kann Horst Leischner nicht genug danken für seine Aktivitäten bei der Neugründung der SPD in Dessau. Als er sich zurückzog, hatte Dessau einen gewählten SPD-Parteivorstand unter Leitung von H.-G. Otto, der für die weitere Parteiarbeit verantwortlich war. Der SPD-Vorstand war in den nächsten Wochen aber noch dringend auf die Hilfe und auf den Rat der Ludwigshafener Sozialdemokraten angewiesen, vor allem in den bevorstehenden Wahlkämpfen.

### Erste Versuche im Wahlkampf

Seit Hitlers Machtantritt haben die Dessauer keine demokratischen Wahlen erlebt. Nach 57 Jahren soll so etwas nun wieder möglich sein. Am 18.03.1990 soll es die Volkskammerwahl geben. Am 06.05.1990 wird sich die Kommunalwahl anschließen.

In einer Zusammenstellung vom 02.04.1990 hat die SPD der Partnerstadt Ludwigshafen sechs Wahleinsätze in Dessau umschrieben die in der Zeit vom 20.12.1989 bis 17.03.1990 stattfanden.

14 Parteifreunde aus Ludwigshafen beteiligten sich daran. Durch Gespräche an Glühweinständen, durch Lautsprechereinsätze wurden mehrere tausend Dessauer Bürger erreicht. Die Ludwigshafener beteiligten sich an Plakatklebeaktionen und nahmen an manchen Vorstandssitzungen teil. Über das Wahlergebnis waren die Sozialdemokraten sehr enttäuscht. In Dessau sah es so aus:

| Partei      | Wahlergebnis |
|-------------|--------------|
| CDU         | 40,10 %      |
| SPD         | 20,41 %      |
| FDP         | 16,68 %      |
| PDS         | 13,89 %      |
| Neues Forum | 2,60 %       |
| Grüne       | 1,85 %       |

Die alten glorreichen Zeiten der SPD in Dessau und Anhalt vor dem 1. Weltkrieg und während der Weimarer Republik hatten keinen Einfluss mehr. Nach zwölfjähriger Nazizeit meldeten sich 1945 im Gebiet der damaligen Sowjetzone mehr Sozialdemokraten zurück als Kommunisten. Nach der Zwangsvereinigung zur SED soll es 2 Millionen Mitglieder der SED gegeben haben, von denen mehr als die Hälfte ehemalige Sozialdemokraten waren. Die folgenden 44 Jahre haben alle Erinnerungen an Geschichte und Ideale der Sozialdemokratie gelöscht. 1989 musste die SPD in Dessau ganz von vorn anfangen. Für die Volkskammer kandidierte als SPD-Vertreter aus Dessau Dr. Wolfram Schöll.

Gleich nach der Volkskammerwahl begann der Wahlkampf für die kommunalen Gremien. Dr. Franz Siegfried, der sich um das Amt des Bürgermeisters beworben hat, organisiert kommunalpolitische Seminare.

Schon seit Januar 1990 gibt es in der SPD Diskussionen, ob und wieweit SED-Mitglieder in die SPD eintreten können, auch wenn sie als IM tätig gewesen waren. Es kommt im Zusammenhang mit diesen Diskussionen auch zu Austritten aus der SPD.

Ende April machen sich die einzelnen Parteien bei der Nationalen Volksarmee bekannt. An zahlreichen Infoständen stellen die Sozialdemokraten ihr Kommunalprogramm vor.

Die Kommunalwahl am 6. Mai 1990 hat in Dessau folgendes Ergebnis:

| Partei      | Wahlergebnis |
|-------------|--------------|
| CDU         | 30 %         |
| SPD         | 20,4 %       |
| FDP         | 20,6 %       |
| PDS         | 10,9 %       |
| Neues Forum | 4,4 %        |
| Grüne       | 4,0 %        |

Der Kreisvorsitzende der SPD Hans-Georg Otto ist mit dem Ergebnis sehr unzufrieden. Er hatte für die SPD 26 bis 27 % erwartet. Er favorisiert jetzt eine große Koalition aus CDU, SPD und FDP, möchte darüber aber mit allen Parteien sprechen. Bei der Wahl des Oberbürgermeisters hat sich nicht der Kandidat der CDU durchgesetzt, sondern Dr. Neubert, der von der „Bunten Koalition“ vorgeschlagen worden war, von der FDP, SPD, Grünen, Neues Forum. Er selbst war FDP-Mitglied. Als Spitzenkandidatin für die SPD war Angela Müller angetreten, Krankenschwester im Diakonissenhaus, 40 Jahre alt, Mutter von 3 Kindern. Weitere Kandidaten der SPD waren Roger Voigtländer, 27 Jahre, H.-G. Otto, Tilo Kreideweiß u.a.

### Aus zerstörten Waffen wird eine Friedensglocke gegossen

Während der „Friedlichen Revolution“ hatte sich auch in Dessau ein „Runder Tisch“ gebildet, an dem die alten und neuen Parteien und Gruppierungen vertreten waren. Seit dem 6. Dezember 1989 hatte der „Runde Tisch“ eine leitende Funktion. Erste wichtige Beschlüsse: Der Staatssicherheitsdienst wird aufgelöst. Das Gebäude in der Parkstraße wird für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt. Die Kampfgruppen der SED werden aufgelöst. Ihre Kraftfahrzeuge werden zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung genutzt. Ihre Waffen werden zunächst an die Armee übergeben. Am 30.1.1990 wird vom Runden Tisch ihre Vernichtung und Verschrottung beschlossen:

„Im Volkspolizeikreisamt Dessau lagern Waffen von insgesamt 11 Kampfgruppeneinheiten. Munition und Verschlüsse wurden bereits an die Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Halle überführt. Der Runde Tisch

der Stadt Dessau hat am 30.10.1990 beschlossen, die noch in Dessau lagernden Waffen unverzüglich am Ort irreversibel unbrauchbar zu machen. Diese Handlung wird durch Volkspolizei und Runden Tisch kontrolliert, am 31.10.1990, 8 Uhr erfolgen.“

Die Bezirksleitung der Volkspolizei in Halle und der „Zentrale Runde Tisch“ in Berlin werden informiert. Am nächsten Tag mussten noch zähe Verhandlungen mit Vertretern aus Halle und Berlin geführt werden, um die Vernichtung der Waffen nun wirklich durchzuführen. Schließlich kam es, bei maßgeblicher Unterstützung durch den SPD-Vertreter des Zentralen Runden Tisches aus Berlin, Brincksmeyer, zu einer Einigung.

Über die Vernichtung der Waffen schreibt der Kreisoberpfarrer Radeloff: „Die am Tag der Auflösung der Kampfgruppen in Dessau in der Magnetbandfabrik entstandene „Aktion 6. Dezember“ durfte beim Aufladen und bei der Vernichtung der Waffen mitwirken. Dem Leiter dieser Bürgerinitiative, Lothar Ehm, ist es vor allem zu verdanken, dass der Prozess der Waffenvernichtung in Gang gesetzt wurde. Von 16.30 Uhr bis 19 Uhr wurden dann auf dem Gelände der Volksarmee in Dessau- Alten über 1.500 Maschinenpistolen und einige hundert Panzerabwehrwaffen zu Schrott. Die Bilder des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), als Spitzenmeldung um 21.45 Uhr haben viele mit Genugtuung und Freude angesehen. Ein Kettenfahrzeug und ein Kampfwagen rollten über die Waffen. Die Läufe der Maschinenpistolen und Panzerfäuste zerknickten und zerbrachen. Die Waffen der Dessauer Bürgerkriegsarmee der SED wurden Schrott.“

50 Waffen waren vor der Verschrottung auf Antrag dem Westberliner Historischem Museum zur Verfügung gestellt worden, einige weitere dem Dessauer Stadtmuseum. Nach der Waffenvernichtungsaktion tauchte die Frage auf: Wohin mit dem Waffenschrott? Als erster bot sich ein westdeutscher Unternehmer an, der den Schrott kaufen wollte. Das wurde abgelehnt. Die Gruppe „Aktion 6. Dezember“ wollte auf jeden Fall aus dem Waffenschrott ein Friedenssymbol schaffen im Sinne dieser Friedensdekade - Losung „Schwerter zu Pflugscharen“. Im Laufe der Zeit hat man sich auf den Guss einer Friedensglocke geeinigt, die im Jahr 2002 zwischen

Rathaus und Kaufhauszentrum aufgehängt wurde, und bei Friedenswachen und Friedensgebeten benutzt wird.

Der Runde Tisch tagte am 24. April 1990 zum letzten Mal. Nach der Kommunalwahl am 6. Mai 1990 übernahm das Stadtparlament wieder die volle Verantwortung.

Rüdiger Fikentscher

## **Marie Arning (1887 – 1957) – eine bedeutende Sozialdemokratin in Sachsen-Anhalt**

Es ist eine gute Sitte und entspricht sozialdemokratischem Geist, Häuser nach Personen zu benennen. Damit wird die Erinnerung an ihr Leben und ihre Verdienste gewahrt oder überhaupt erst in unser Gedächtnis gebracht. Schließlich haben wir allen Grund, stolz auf unsere Geschichte und sehr viele der sie tragenden Personen zu sein. Manchem Haus tut es zugleich gut, und es wird leichter bekannt, wenn es einen berühmten Namen erhält, wie das beim Sitz des SPD-Landesverbandes in Magdeburg der Fall ist: dem „Ernst-Reuter-Haus“. Aber auch der umgekehrte Fall ist gut, dass nämlich ein Haus, das viele Menschen kennen, durch die Namensgebung dazu beiträgt, an eine bedeutende Person zu erinnern, die nahezu vergessen war und zu recht wieder bekannt gemacht werden soll. Das geschah mit dem „Marie-Arning-Haus“, dem Haus der Sozialen Dienste in Magdeburg. Dieses Haus der Arbeiterwohlfahrt in der Thiemstraße 12 in Magdeburg wurde am 5. Oktober 1999 eingeweiht. Es sind Hunderte und Tausende Menschen, denen die AWO helfen kann, die in diesem Haus seither ein- und ausgehen und durch Namen und Bild an Marie Arning erinnert werden.

Wer war Marie Arning, deren Name passend für dieses Haus ist?

Es war eine Frau, deren Leben in nahezu typischer Weise alle bekannten Merkmale aus der Arbeiterbewegung enthält, so dass man meinen könnte, dies gäbe es nicht in Wirklichkeit, sondern nur im Roman oder Film. Allerdings wäre es kein Lustspielfilm, sondern ein Film voller Kampf und wechselndem Erfolg, voller Entbehrungen und auch voller Tragik. Diese „Merkmale“ sind: Frau – denn schließlich ist die Rolle der Frau nicht nur in der Familie, sondern auch beim Broterwerb und beim politischen Kampf ein besonderes Kennzeichen der Arbeiterbewegung -, reines Arbeitermilieu, Volksschulbildung mit späterer politischer Bildung und Gewerkschaftsschule, selbstverständlich Sozialdemokratin, ehrenamtliche und hauptamtliche Parteiarbeit, Kommunalpolitik, Reichstagsmandat, Sozial-

arbeit. 1933 Emigration, illegale Arbeit im Ausland, Polizei, Lagerhaft, Gestapo, Gefängnis und nach 1945 erneut Gefängnis.

Man kann sich heute ein Leben wie das von Marie Arning kaum noch vorstellen.

Geboren wurde sie am 19. April 1887 in Bramsche, eine kleine Stadt bei Osnabrück in Niedersachsen. Ihre Eltern, Johann und Margarethe Kall, waren beide Textilarbeiter. Sie besuchte die Volksschule und wurde auch Textilarbeiterin, heiratete mit 21 Jahren den Textilarbeiter Bernhard Arning. Aber auch der politische Kampf begann mit 21 Jahren. Gewerkschaftliche Organisation und SPD-Mitgliedschaft, Textilarbeiterstreik und Aussperrung 1911, danach Umzug nach Duisburg am Rhein, gewerkschaftliche und politische Schulung, vier Jahre lang ehrenamtliche Mitarbeit im Parteisekretariat der SPD, danach von 1918 bis 1920 sozialpolitische Arbeit als Stadtverordnete in Duisburg.

1922 wurde Marie Arning in den größeren Bezirk Magdeburg berufen. Man traute ihr offensichtlich viel zu. Von dort gelang auch der Sprung in den Reichstag, in dem sie von 1924 bis 1930 Abgeordnete war. Die Verbindung von politischem und sozialem Engagement führte beinahe zwangsläufig an die Spitze der Arbeiterwohlfahrt in Magdeburg.

Im Oktober 1920 hatten Frauen der SPD-Bezirksleitung und der Stadtverordnetenversammlung den Magdeburger Ortsausschuss der AWO gegründet. Sie entwickelte sich zur Vermittlungsstelle zwischen Wohlfahrtsämtern und der hilfeschuchenden Bevölkerung. Marie Arning war ab 1922 ihre Vorsitzende. Es gab sehr bald über 200 Ortsausschüsse, 100 Beratungsstellen, mehrere Kindertagesheime und Mütterheime. Bezeichnend für die Arbeit in den zwanziger Jahren war die Fürsorge und Erziehungsarbeit für Kinder.

Mit der Machtergreifung der Faschisten 1933 wurde die AWO verboten. Eine 13 Jahre dauernde fruchtbare Arbeit wurde damit beendet und konnte erst 57 Jahre später wieder neu begonnen werden.

Willy Brandt hat die AWO als die erwachsene Tochter der SPD bezeichnet. Damals war es nahezu selbstverständlich, dass Parteimitgliedschaft und AWO-Mitgliedschaft identisch gewesen sind. Heute gibt es nur noch eine begrenzte Anzahl personeller Überschneidungen. Aber die erwachsene Tochter fühlt sich dem Familienverband bis auf den heutigen Tag verbunden. Und auch in anderer Hinsicht bleiben wir in der Tradition. Bei der Wiedergründung 1990 waren es erneut SPD-Frauen, die die Arbeit übernahmen und von denen das erste Engagement ausgegangen ist. Dies alles sind weder reine Zufälle noch das Ergebnis zentraler Steuerung.

An Leistungsangeboten hat die Arbeiterwohlfahrt der neunziger Jahre die der Zwanziger inzwischen überholt. Sie ist eine der größten und bedeutendsten Wohlfahrtsorganisationen unseres Landes geworden.

Aber zurück zu Marie Arning. Im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bei der AWO gibt es einen dunklen, das heißt, unaufgeklärten Punkt in ihrem Leben. Denn Ende 1932 untersuchte der Bezirksvorstand der SPD finanzielle Unregelmäßigkeiten bei der Arbeiterwohlfahrt, die zu ihrem Ausscheiden aus dem Bezirksvorstand führten. Damalige Vorwürfe wurden erwartungsgemäß von den Nationalsozialisten genutzt, aber auch von einer ganz anderen Dramatik überdeckt. Marie Arning emigrierte im August 1933 nach Belgien und beteiligte sich im sozialdemokratischen Grenzsekretariat am Widerstand gegen das nationalsozialistische Deutschland. 1936 wurde sie ausgebürgert. Nach dem Überfall auf die Niederlande und Belgien ist sie von der belgischen Fremdenpolizei verhaftet und in einem französischen Lager interniert worden. Sie geriet mit einem Flüchtlingstransport im Herbst 1940 nach Brüssel zurück und dann in die Hände der Gestapo, die sie in ein Magdeburger Gefängnis überstellte. Eine schwere Herzkrankheit führte zur Haftunfähigkeit und Entlassung im Juli 1941. Sie stand unter Polizeiaufsicht und hielt dennoch Kontakt zu den alten SPD-Genossen. Nach Kriegsende war sie im Arbeitsamt tätig und verbrachte erneut ein halbes Jahr in Haft. Diesmal unter sowjetischen Vorzeichen in Quedlinburg. Bis 1951 war sie wieder im Arbeitsamt und verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen im Magdeburg tätig. Sie starb siebzigjährig und weithin unbeachtet am 11. September 1957 in Magdeburg.

Befasst man sich mit dem Leben von Marie Arning etwas mehr, als es in einem kurzen Beitrag möglich ist, so ist man beeindruckt von der Kraft und Konsequenz, die darin steckt, von der Fähigkeit, Kämpfe fortzusetzen und Niederlagen einzustecken. Man sieht aber zugleich, wie leicht sich der Mantel des Vergessens darüber legt.

In unserer Zeit haben wir die Chance und erleben es, wie eine Organisation nach 57-jährigem Verbot wiedererstande ist und sich als außerordentlich tatkräftig und erfolgreich erweist. Und in dem das „Haus der Dienste“ von der Arbeiterwohlfahrt den Namen „Marie Arning“ erhielt, wird spät, aber sehr einprägsam eine Frau geehrt, die sich im Dienste für eine gute Sache diese Ehre verdient hat. Ein solches Leben kann uns zugleich daran erinnern, dass es in unserer sozialdemokratischen Geschichte Menschen gab, die unter ungleich schwereren Bedingungen als heute Großes geleistet haben und tatsächliche Opfer für ihre Überzeugungen bringen mussten.

Norwin Dorn

## **Unsere Partei lebt nicht nur von den großen Namen ... zu Therese Kaul aus Halle an der Saale**

Unsere Partei lebt nicht nur von den großen Namen, sondern bezieht ihre Kraft von den vielen unbekanntem Mitgliedern, die unsere Traditionen schon über Generationen begründen. Ein Beispiel hierfür ist unsere Genossin Therese Kaul aus Halle. Sie ist das einzige Mitglied unseres Stadtverbandes, welches das goldene Parteiabzeichen für 50-jährige Mitgliedschaft trägt.

Therese Kaul trat am 1. Oktober 1945 der SPD bei. Sie stammt aus einer Familie, die sich schon seit Anfang des vorigen Jahrhunderts der Sozialdemokratie verpflichtet fühlte. Der Vater trat im November 1906 der SPD bei und wurde im 1. Weltkrieg als Spezialist zum Aufbau des Leuna-Werkes, des damaligen Ammoniak-Werkes Merseburg, nach Leuna dienstverpflichtet. Selbstverständlich wurden seine Söhne sowie die Tochter traditionell ebenfalls Mitglieder unserer Partei. Wie „Resi“ Kaul erzählt, spürte sie aber schon bald nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahr 1946, wie die sozialdemokratische Tradition der SPD-Mitglieder in dieser neuen Partei verdrängt wurden und die Kommunisten dominierten. Sie war in der Frauenbewegung engagiert und zog 1946 die Konsequenz durch ihren Austritt aus der SED.

Eine besondere Freude war es für sie, als ihr nach der „Wende“ durch eine Beitrags-Patenschaft die erneute Mitgliedschaft ermöglicht wurde und sie so 1995 für ihre 50 Jahre SPD geehrt werden konnte. Genossin Kaul ist heute Mitte 80, lebt allein und nimmt noch durch ihre Besuche von Veranstaltungen am Leben des Ortsvereins Halle-Neustadt teil. Und die Tradition sozialdemokratischen Engagements der Familie wird durch die aktive Mitgliedschaft ihrer Tochter und des Schwiegersohnes fortgesetzt. Wer sich die Zeit nimmt bei einer Tasse Kaffee dieser ruhigen Frau zuzuhören, kann aus ihren Erzählungen viel über das Leben sozialdemokratischer Familien vor und nach der Zeit der nationalsozialistischen Barbarei in Deutschland erfahren. So stand in früheren Jahren im Mittelpunkt vie-

ler Freizeitaktivitäten die Naturfreundebewegung. Wanderungen der gesamten Familie entlang der Saale zum Naturfreundehaus in Halle-Ammendorf, welches bis vor einigen Jahren noch als Bootshaus und später als Ruine bestand, gehörten ebenso dazu wie die Teilnahme an Jugendlagern oder die Nachbarschaftshilfe über die Arbeiterwohlfahrt.

Schwer war die Zeit für viele Familien während der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Damals hatte Deutschland über 6 Millionen Arbeitslose und zu anderen sozialen Bedingungen als heute. Um den Familien wenigstens ein geringes Einkommen zu sichern, durfte seinerzeit beispielsweise nur jeweils ein Familienangehöriger im Leuna-Werk arbeiten.

Auch wenn sich die Zeiten geändert haben, sollten wir am Beispiel unserer alten Genossinnen und Genossen deutlich machen, was sozialdemokratische Tradition und Solidarität bedeuten und uns vor allzu viel neoliberaler neuer Mitte hüten.